

# Danziper Zeitung.

Nr. 18927.

Die „Danziper Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Transportkosten für die sieben-gepflanzte gewöhnliche Schriftseite oder deren Neum 20 Pfz. — Die „Danziper Zeitung“ vermitteilt Informationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Telegramme der Danziper Zeitung.

Berlin, 2. Juni. (Privattelegramm.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Sperrgeldgesetz, nachdem der Ministerpräsident v. Caprivi erklärt hatte, daß die Regierung die Commissionsvorlage annahme, in seinen einzelnen Artikeln angenommen. Dagegen stimmten nur die Nationalliberalen und ein Theil der Freiconservativen.

Konstantinopel, 2. Juni. (W. T.) Die Entgleisung des gestern hier abgegangenen europäischen Zuges erfolgte bei dem 116. Kilometer. Die Locomotive, der Tender, der Gepäckwagen und mehrere Waggons stürzten um. Dreißig Räuber mit einem griechischen Führer hatten die Schienen aufgerissen und die Bahnwärter sowie die Passanten, um eine Warnung zu verhindern, festgenommen. Durch den Unfall kamen nur mehrere leichte Verlebungen vor; ein Reisender wurde durch einen Flintenschuß schwer verwundet.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 2. Juni.

Einen überraschenden Verlauf hat, wie schon in unseren heutigen Morgentelegrammen hervorgehoben ist, die Beratung der Landgemeindeordnung in der gestrigen Abgeordnetenhaussitzung genommen. Die Discussion der Abänderungen des Herrenhauses an sich verlief glatt und ruhig; es wurden nur wenige für das Herrenhaus durchaus annehmbare Modifizierungen getroffen. Bei § 48, Vertheilung des Stimmrechts in der Gemeinderatssammlung, hatten die Conservativen die Wiederherstellung der früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses — ortsstatutarische Regelung — beantragt; sie blieben aber in der Minorität. Nun sollte es zur Gesamtstimmung kommen, und allgemein herrschte die Annahme, daß dieselbe zu einer nahezu einstimmigen Annahme des Gesetzes führen würde. Da erhob sich der conservative Führer hr. v. Rauchhaupt, um zum allgemeinen Staunen die Erklärung abzugeben, daß seine Partei gegen das ganze Gesetz stimmen werde.

Man hat es freilich schon lange gewußt, daß diese Herren der Landgemeindeordnung nicht sonderlich geneigt sind und infofern bot der Einblida, den Herr v. Rauchhaupt in sein Herz gewährte, nichts überraschendes; aber die Offenheit, mit der dies geschah, machte die Scene pikant. Der conservative Führer unternahm einen leichten Schachzug, um das ganze Gesetz und — damit den Minister Herrfurth zu Fall zu bringen. Er zählte alle die Verschlechterungen der Regierungsvorlage auf, welche die Conservativen durchgesetzt hätten, aber nicht, um die Zustimmung der Conservativen zu dem Gesetz zu beschönigen, sondern um zu erklären, daß die conservative Partei, weil ihre letzten Anträge abgelehnt worden, das Gesetz verwerfen würden, um — was er errathen ließ — das Herrenhaus zur nochmaligen Abänderung des Gesetzes und dann zur Ablehnung desselben zu ermuthigen. Minister Herrfurth erklärte, die Gründe des Herrn v. Rauchhaupt seien nicht einmal als Vorwände für das Votum der Partei anzuerkennen, er sei mit dem Gesetz zufrieden und werde für die Annahme desselben im Herrenhause eintreten. Abg. Ritter charakterisierte gebührend und mit großer Schärfe die Ausreden der Conservativen; Herr v. Rauchhaupt möge oratorisch noch so geschickt sein, aus schwarz weiß zu machen, verstehe er doch nicht. Die Freisinnigen würden auch jetzt noch für das Gesetz stimmen, weil sie die Reform für nothwendig hielten.

Herrn v. Rauchhaupts Schachzug verfehlte sein Ziel; mit 206 gegen 99 conservativer Stimmen wurde das Gesetz in der Gesamtstimmung angenommen. So ist denn eine Reform so gut wie geboren, nach der man seit achtzig Jahren vergleichbar verlangt hatte. Mit Genugthuung kann die freisinnige Partei auf ihre thätige Mitwirkung an dieser Reformarbeit zurückblicken; die conservative Partei aber hat eine eclatante Niederlage erlitten. Nicht nur, daß ihre gegen die Landgemeindeordnung gerichteten Pläne zu Wasser geworden sind, daß über ihre Köpfe hinweg eine wichtiger legislatorischer Schritt gethan ist, auch ihre Intrigue gegen den ihnen so wenig sympathischen „Jahlemminister“ Herrfurth ist kläglich gescheitert. Herrfurth wird bleiben, erfolgreich, wenn auch mit einer anderen Majorität, wie der Minister Miquel. Die Conservativen aber werden auf dem Isoltschemel, auf dem sie gerathen sind, von ihrem Wahne, als wären sie im Abgeordnetenhaus für die Regierung noch unentbehrlicher als sonstwo, gründlich curirt sein.

## Caprivi's Erklärungen

sind gestern von den Schuhjöllern und Zollinteressenten im Parlamente mit hellem Jubel aufgenommen worden. Aber doch hat wenigstens in einem Punkte Herr v. Caprivi den Herren widersprochen. Graf zu Stolberg hat bekanntlich im Herrenhause den Antrag auf Heraussetzung der Eisenbahntarife für Getreide eingebraucht mit der Motivirung, daß die Landwirthschaft über Getreidevorräthe nicht mehr verfügen und daß sie also kein Interesse hätten, die Einfuhr des ausländischen Getreides zu verhindern oder zu erschweren. Herr v. Caprivi ist dagegen der Ansicht, es seien auch im Inlande noch große Vorräthe vorhanden, dieselben würden aber geheim gehalten und würden schon zum Vorschein kommen, wenn die Getreidezölle nicht aufgehoben oder ermäßigt

würden. Graf Stolberg wünscht also nur eine Ermäßigung der Frachttarife, um die Getreidevorräthe billiger transportiren und also besser vermerthen zu können. Auch darin wird dem Grafen Stolberg von Herrn v. Caprivi widergesprochen, daß eine unnatürliche Steigerung der Getreidepreise durch die Speculation, gegen welche Herr v. Caprivi von gerechterer Gestaltung erfüllt ist, als die Conservativen, zu befürchten sei. Nicht nur im Inlande sei Getreide genug vorhanden; im Auslande, in Nordamerika und Russland, in Ostindien seien große Vorräthe, und da in Nordamerika und in Ostindien eine „unvergleichlich“ gute Ernte in Aussicht steht, so seien alle diese Vorräthe für Deutschland disponibel. Nur werde zwar aus Ostindien und Amerika vorzugsweise Weizen eingeführt. Doch sei schon lange in Deutschland der Weizenkonsum im Verhältniß zum Roggengenossen in der Zunahme begriffen, so daß auch der Weizen aus jenen Ländern zum Theil den Mangel an Roggen decken könnte. Mangel an Brodgetreide ist also nicht zu befürchten. Man vermißt nur die Erklärung, daß jetzt, wo von einer Ermäßigung der Getreidezölle nicht mehr die Rede ist, die Getreidepreise heruntergehen müßten. Aber nein! Dazu liegt gar kein Anlaß vor. Die Getreide- und Brodpree — versichert der Ministerpräsident — stehen auf keiner beunruhigenden Höhe. Richtig! Die Herren Schuhjöller sind in keiner Weise beunruhigt. 250 Mk. per Tonne Weizen ist ihnen gar nicht zu viel; sie lassen sich auch den Roggenpreis von 212 Mk. mit Vergnügen gefallen. Das consumirende Volk denkt darüber freilich anders! Und zu allem Übelstheil stellt ihm Herr v. Caprivi ein weiteres Steigen der Getreidepreise in Aussicht. Der Weltmarkt, sagt er, hat eine steigende Tendenz, die Dauer verspricht. Da nun — immer nach der Überzeugung des Herrn v. Caprivi — Deutschland zur Zeit ungefähr den Weltmarktpreis zugünstig des Zölles bezahlt, so wird es, d. h. so werden die deutschen Consumenten demnächst noch höhere Preise für Brodgetreide zu zahlen haben als bisher — natürlich auch an die Producenten für die bisher nach Herrn v. Caprivi's Annahme verhüllten Vorräthe.

Nach alledem war es eigentlich überflüssig, daß Herr v. Caprivi auch noch erörterte, ob eine teilweise Aufhebung des Getreidezolles nothwendig sei und ob dieselbe der brodstellenden Bevölkerung zu gute kommen würde. Denn wenn weder Mangel an Brodgetreide noch eine Theuerung des Brodes zu befürchten ist, so hat die Regierung ganz recht, wenn sie von der Zollermäßigung absieht. Aber der Franzose pflegt zu sagen: Ce qui est bon, ne nuit pas. Das Gute schabet nie. Und deshalb erklärte der Ministerpräsident, die Ermäßigung der Getreidezölle würde durch das Steigen der Preise zum großen Theil ausgeglichen werden, so daß der ausländische Producent den Vortheil haben würde. Von Vortheil für den Consumenten wäre nur die völlige Aufhebung der Getreidezölle. Aber die ist natürlich unmöglich. Auf die vorlaute Frage: „Weshalb?“ antwortete Herr v. Caprivi zunächst mit einem Argument, welches nur die Verweisung ergeben kann: der Handel, also auch der Getreidehandel, beruht auf der Gleichheit der Zölle. Man sieht, die Regierung hat auch Sachverständige gehört; wie Minister v. Bötticher neulich triumphirend erklärte, sogar einen Freihändler. Und diese Sachverständigen haben in Abrede gestellt, daß die Zollermäßigung den Consumenten zu gute komme. Heute constatirt die „Lib. Corr.“, daß der Sachverständige, auf dessen Urtheil die Regierung sich stützt, ein Getreidehändler ist, der an der Spitze der Haussbewegung marschiert — und das sind die Autoritäten, auf welche die Regierung sich beruft, wenn es sich um das Interesse der Consumenten handelt!

Die Erklärungen des Herrn v. Caprivi haben an der Berliner Productenbörse sofort eine Steigerung der Getreidepreise hervorgerufen. Die Preise für Weizen und Roggen erhöhten sich gestern gegen Sonnabend um sieben Mark. Für Herbsttermine betrug die Steigerung 4 bis 5 Mk., auch Hafer wurde theurer. Auch auf die Fondsbörsen wirkte die Ankündigung des Herrn v. Caprivi ungünstig ein. Wie die „National-Zeitung“ berichtet, erblickt man in dem ganzen Verhalten der Regierung in dieser Frage ein Kennzeichen von Unsicherheit und Unentschlossenheit, welche eine bestimmte Richtung in der Behandlung und Lösung wirtschaftlicher Fragen überhaupt ausschließt und daher jedes Rätsel im Geschäftsbüro erschwert. In dem Bericht des „Berl. Tagebl.“ von der Productenbörse heißt es:

„Die Überzeugung der Regierung, daß im Inland noch genügende Vorräthe vorhanden und große Quantitäten zur Einfuhr unterwegs seien, wird von einem sehr großen Theil der Interessenten nicht gelassen; auch die günstigeren Nachrichten über die zukünftige Ernte, welche der Regierung zugegangen sind, begegnen vielfachen Zweifeln, wie dies die Thatsache an sich beweist, daß die Getreidepreise heute so stark gestiegen sind. Die Weltmarktpreise sind im Vergleich mit den hiesigen Notraten trock ihrer heutigen Steigerung so hoch, daß Erhebungen für hier ganz ausgeschlossen sind.“

## Das Resultat des nationalliberalen Parteitages

ist eine äußerlich erfolgreiche Beschwichtigung des Streites, der in den letzten Tagen die Gemüther derart erhielt, daß von der einen Seite bereits offen mit der Möglichkeit einer Secession der anderen gerechnet wurde. Es ist der vermittelnden Taktik des Herrn v. Bennigsen gelungen, die Consequenzen des gefährlichen Conflictes zu verwischen, den das Vorgehen des Fürsten Bismarck in den „Hamburger Nach-

richten“ und sein Verlangen nach unbedingter Heeresfolge der Nationalliberalen für seine Bekämpfung des österreichischen Handelsvertrages angeschaut hatte. Diejenigen, die wie die „Königl. Stg.“ und die „Rhein. Weiss. Stg.“ dieser Parole folgen und die Partei gänzlich auf den Boden der Bismarckschen Wirtschaftspolitik festlegen wollten, haben nicht Recht bekommen, aber auch diejenigen nicht, welche schon jetzt ein entschiedenes Eintreten für den österreichischen Handelsvertrag und gegen das Bismarcksche wirtschaftspolitische System verlangen. Die gefassten Resolutionen sind recht wohl geeignet, vor der Öffentlichkeit den Schein der Einheitlichkeit der Partei zu wahren, denn sie wurden ja einstimmig gefasst; im Grunde genommen aber bedeuten sie eben nichts, wie eine Beschwichtigung des Conflictes, ein äußerliches Verdecken der grundsätzlichen Differenzen, über welche nicht im entferntesten eine Einigung erzielt worden ist und welche also nach wie vor bestehen. Die Resolutionen stellen es auf dem Gebiete der Handels- und Zollpolitik jedem frei, sich zu verhalten, wie er will; man bleibt in der Partei, ob man nun für oder gegen den österreichischen Handelsvertrag, für Erhöhung oder Heraussetzung der Lebensmittelzölle stimmt. Das ist gut für den Zusammehalt des Parteiaffirms; aber was bedeutet dies in Wirklichkeit in einer Zeit, wo sich alles auf die wirtschaftlichen Fragen zuspielt, wo der Brennpunkt der ganzen politischen Situation in der Handelsvertrags- und Zollfrage liegt? Solchen Fragen gegenüber gilt es, klar Stellung zu nehmen; statt dessen hat die nationalliberale Partei freiwillig die eine Hälfte durch die andere neutralisiert und damit schon jetzt Verdacht geleistet auf jede aktuelle Mitwirkung bei der Gestaltung dieser für die ganze zukünftige Entwicklung unserer inneren Politik so eminent wichtigen Angelegenheiten. Denn wenn die eine Hälfte nein sagen kann, wo die andere Hälfte mit ja votirt, so ist das Resultat eben gleich Null.

Was die Stellung der Partei zu dem Fürsten Bismarck anlangt, so ist allerdings ein Abrücken derselben von dem Einsiedler von Friedrichsruh recht deutlich bemerkbar; die Resolution, welche die „unabhängige“ Haltung der Partei nach jeder Seite hin“ besagt, zielt unverkennbar nach dem Sachsenwalde. Man begnügte sich mit einem Telegramm an den Fürsten, welches diesen den unveränderlichen Dankbarkeit und Verehrung der Verfassung versicherte, worauf Fürst Bismarck der Partei dankte, „welcher das Vaterland für die Förderung unserer nationalen Politik zu besonderer Dankbarkeit verpflichtet ist.“ Im übrigen aber verdient es als besonders charakteristisch hervorgehoben zu werden, daß die Beschlüsse des Parteitages von einem württembergischen Mitgliede der Partei, Stockmeyer, der noch vor wenigen Jahren der Volkspartei angehörte, beantragt wurden. Die schwäbischen Nationalliberalen sind die ersten gewesen, welche sich weigerten, sich von dem Fürsten Bismarck gegen die Handelsvertragspolitik der Regierung ins Feld führen zu lassen. Mit solchen, den liberal gebliebenen Elementen der nationalliberalen Partei, werden auch die weiter links stehenden Liberalen gern Fühlung behalten, mit denen sich ja einst die ganze nationalliberale Partei laut Programm von 1867 „einstufte im Dienste der Freiheit“.

## Der Colonialrat

Ist in Berlin gestern Vormittag 10 Uhr eröffnet worden und sofort nach Beratung der Geschäftsordnung in die Erörterung der ihm vorgelegten Fragen eingetreten. Von den die Baumwollen-Cultur, die Zulassung fremder Gesellschaften zum Gewerbebetriebe und die Concessionierung einer Eisenbahlinie in Ostafrika betreffenden Fragen wurde jede einem besondern Ausschüsse zur Vorberatung überwiesen. Die Ausschüsse werden heute zur Beratung zusammenentreten, die nächste Plenarsitzung findet morgen statt. Voraussichtlich wird auch an diesem Tage der Colonialrat vertagt werden.

## Bergarbeiterbewegung.

Die Stille in der Bergarbeiterbewegung dauert an; an diesem Sonntag fanden nur zwei öffentliche Bergarbeiterversammlungen im westfälischen Revier statt. Die Noth unter den entlassenen Bergleuten soll außerordentlich groß sein; in einem ganzen Monat, vom 26. April bis 22. Mai gingen für die Unterstüzungskasse nur 1000 Mk. ein, darunter 500 Mk. von August Bebel (3. Kafe), 50 Frs. vom socialdemokratischen Leseclub in Paris und 35,60 Mk. von einem Bergarbeiterverein in Böhmen. Die kleinen Strikes, welche dem großen Strike vorausgingen, haben größere Summen verschlungen, so daß also jetzt von den Zeichen für die Unterstüzungskasse nur geringe Beiträge eingehen. So kostet der Strike auf der Zeche „Trappe“ 5030 Mk. Das Verbandsbüro des deutschen Bergarbeiterverbandes in Gelsenkirchen veranstaltet übrigens eine Statistik über die während dieser Strikeperiode gefallenen Urtheile wegen Aufforderung zum Strike, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, Aufruhr zu Gewaltthätigkeiten, Majestätsbeleidigungen. Augenblicklich beschäftigen die Errichtung von Consum-Vereinen die Leiter des deutschen Bergarbeiterbundes am allermeisten; die „Strikke“ reden den „Ameraden“ vor, daß der Strike zum Theil deshalb verloren gegangen sei, weil viele Zeichenverwaltungen durch die Drohung, ihren ausstehenden Arbeitern keine Waren mehr aus den Zechen-Consumen zu verabfolgen, die selben dazu gedrängt hätten, aus Noth die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Verkaufsstellen des Consum-Vereins sind errichtet resp. in der Er-

richtung begriffen (Aplerbeck, Landskrone, Wattenscheid).

**Die Delegiertenversammlung der italienischen Friedensgesellschaft.**  
die bekanntlich gegenwärtig in Mailand tagt, nahm die Anträge des Referenten an, eine Commission von 3 Mitgliedern zu ernennen, welche einen internationalen Congress in Rom vorbereiten und eine Resolution feststellen soll, wonach den Legislativen die Entscheidung über Krieg und Frieden zugesprochen werden soll. Der Congress soll die Nothwendigkeit betonen, daß die Friedensgesellschaften sich mit der sozialen Frage beschäftigen, daß die Deputirten am internationalen Parlamenttheilnahmen und auf demselben die Abrüstung und schiedsrichterliche Austragung vertreten. Schließlich wurde der Antrag angenommen, die Regelung der italienisch-amerikanischen Streitfrage dem internationalen Institut in Genf zu überweisen.

## Aus dem Vatican.

Am Sonntag wurde im Vatican ein Consistorium abgehalten, welches um 10<sup>1/4</sup> Uhr begann. In demselben ernannte der Papst den apostolischen Nuntius in Paris Monsignor Rotelli und den Erzbischof Gruscha von Wien zu Cardinalen und präconisirte 20 Bischöfe, wobei er eine Allocution hielt. Gute Vernehmen nach bildete die Encyclica über die Arbeiterfrage den Hauptgegenstand der gehaltenen Allocution. Derselbe soll sich dahin ausgesprochen haben, es sei sehr frustreich, daß die Regierungen in richtiger Werthschätzung der von der Kirche vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer Mitwirkung an der Lösung der sozialen Frage bereit seien.

## Die Zustände in Corfu

scheinen sich wieder schlimmer zu gestalten. Zuverlässige Nachrichten zufolge herrscht die Besorgniß, die Unruhen möchten sich wiederholen, wenn das Ergebnis der Untersuchung wegen der Ermordung des Mädchens bekannt würde. Die Regierung trifft entsprechende Maßnahmen und beabsichtigt, die Garnison zu verstärken. Vorläufig herrscht tiefe Ruhe.

## Arbeiterbewegung im Auslande.

Aus London wird von gestern telegraphiert: „Die Angestellten der Omnibus- und Pferdebahn-Gesellschaften halten heute Abend eine Versammlung ab, um ihre Forderungen betreffs des zwölfständigen Arbeitstages zu formuliren. Es sind für diese Woche an jedem Abend Versammlungen in Aussicht genommen, um die Angestellten zu organisieren. Ein Comité ist mit der Vorbereitung eines Strikes beauftragt, falls sich ein solcher als nothwendig erweisen sollte.“

Der Strike der Schneider scheint weitere Ausdehnung zu gewinnen. Die Arbeiter von Westend beabsichtigen, ebenso wie die von Ostend, die Arbeit einzustellen. Es sollen bereits gegen 9000 Schneider und Schneiderinnen die Arbeit eingestellt haben.“

In Roubaix haben die Arbeiter, welche die Arbeit wieder aufgenommen hatten, den allgemeinen Ausstand für heute beschlossen. Dieser Ausstand dürfte das Feiern fast aller Webereiarbeiter zur Folge haben.

In Bilbao dauert die durch den vorgestrigen Zusammentreffen der Strikten mit der Polizei hervorgerufene Erregung fort. Die herbeigeholten Truppenabtheilungen mußten wiederholte Gewalt brauchen, um die Menge zu zerstreuen.

## Die asiatische Cholera

macht Anstalten, von ihren perennirenden Brutstätten in Indien und Arabien aufs neue durch ihr altes Ausfallstor, das Rothe Meer und Aegypten, einen Vorstoß wider Europa ins Werk zu setzen. Aus den Rüstungsbesitzes des Rothen Meeres kommen Nachrichten, welche ein schnelles Umstürzen der Seuche in den dortigen, auf der tiefsten Stufe hygienischer Verwahrlosung befindlichen Sammelplätzen des Handels- und Pilgerverkehrs signalisieren. Die Gefahr muß wohl schon einen ziemlich bedenklichen Grad erreicht haben, wenn die ägyptischen Sanitätsbehörden, deren Gleichmuth in Bezug auf rechtzeitige Bekämpfung von Seuchen früheren Cholera-invasionen nicht ungewöhnlich Vorschub geleistet hat, gegenwärtig die Einrichtung einer Quarantäne-Station in El Tor in Aussicht genommen haben, unter ausdrücklichem Hinweis auf die Verheerungen der Cholera in den Küstenstrichen des Rothen Meeres. El Tor ist der am weitesten nach Süden, auf der Sinaihalbinsel, gelegene Küstenplatz des Golfs von Suez.

## Parnell und der katholische Clerus.

Wie „United Ireland“ mittheilt, macht die katholische Geistlichkeit in ganz Irland die äußersten Anstrengungen, um die Parnell und seiner Sache treuegliedlichen Anhänger zum Absfall zu bewegen. Wo diese Bemühungen zu keinem Resultat führen, wird den verstoßenen Parnelliten das Fegefeuer, sowie zeitliche und ewige Verdammnis androht. In einigen Diözesen erhalten dieselben sogar nicht einmal das Sacrament, während sie wieder in anderen von der Angel herab als Mitglieder geheimer Gesellschaften von der Kirche verurtheilt werden. In den Kirchen Belfasts ist die Strafe Gottes auf sie verhängt worden und in der Diözese Meath wurden ihnen ihre Ostergaben zurückgefordert.

Und trotz alledem bleibt Parnell am Leben. Auf die eine oder die andere Weise gelingt es ihm, seinen Platz zu behaupten, und wo immer er auch in Irland erscheinen mag, sammeln sich Tausende um ihn, welche begeistert seinen Worten

lauschen. Der Grund für diese auffallende Erscheinung ist nicht überraschend. Es macht sich, schreibt ein Londoner Abendblatt, ein Gefühl der Auslehnung wider die Dictatur der Kirche in Irland bemerkbar. Haben die irischen Erzbischöfe den Erlaß des Papstes hinsichtlich des Feldzugsplanes außer Acht gelassen, so halten sich jetzt auch ihre früheren gehorsamen Anhänger nicht für verpflichtet, ihre Lehren in Hinsicht auf Herrn Parnell zu befolgen.

## Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung vom 1. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Ministerpräsident v. Caprivi: Erklärungen, welche am 27. v. M. in diesem Hause stattgefunden haben, haben die Frage, ob die gegenwärtigen Verhältnisse zu einer baldigen Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle nötigst, zu einer so brennenden gemacht, daß die Staatsregierung sich veranlaßt sieht, die Erklärung abzugeben, es liege nicht in ihrer Absicht, die Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle beim Bundesrat in Anregung zu bringen. (Lebhafte Beifall rechts. Bewegung.) Seit Bedenken über den Ausfall der jetzt auf dem Hahn stehenden Ernte laut wurden, hat die Regierung es sich angelegen sein lassen, zu erforschen, wie die Frage der Broternährung sich im In- und Auslande stellen würde. Diese Recherchen nahmen einen ruhigen Fortgang bis zu der eben erwähnten Sitzung, bis wir sahen, eine wie hochgradige Aufrugung ins Land getragen wurde, eine Aufrugung, die uns die Nothwendigkeit klar mache, bald zu einer Erklärung gebrängt zu werden. Dazu kam die gleichzeitige Ermäßigung und Aufhebung der Zölle in einem Nachbarland. Es liegt der Regierung ein sehr reiches Material vor, eine Menge von Ausführungen sachverständiger Personen verschiedener Berufskreise. Indessen ich muß zugeben: all dieses Material würde einen ziemlichen Beweis für die Richtigkeit des Verfahrens der Regierung beiübringen nicht ermöglichen. Diese Zahlen sind zum Theil unsicher; sie beruhen auf Schätzungen; sie sind oft schon acht Tage, nachdem sie eingebracht sind, durch veränderte Verhältnisse unrichtig geworden. Aber trotz allem hat die Regierung die seite Überzeugung gewonnen, daß von einem Notstande im Lande zur Zeit nicht die Rede sein kann (Sehr richtig! rechts), und daß die gegenwärtigen Verhältnisse, Gott sei Dank! auch keine Aussicht dafür geben, daß es zu einem Notstande kommen wird. (Sehr richtig! rechts.) Nicht einmal außergewöhnliche Maßregeln würden hinreichend motiviert werden. Wir haben in Betracht zu ziehen gehabt die kommende Ernte im Inlande. Daß sie keine gute werden wird, halten wir für wahrscheinlich, für ebenso wahrscheinlich aber, daß sie besser werden wird, als man noch vor 14 Tagen erwartet hat. Wir werden vorausichtlich, wenn nicht unerwartet, Naturereignisse eingehen, eine Mittlerne haben; eine solche Mittlerne aber giebt keinen Anlaß zu dem Glauben, daß wir vor einem Notstande stehen. Welche Vorräthe haben wir nun im Inlande? Das ist unendlich schwer zu schätzen. Diejenigen Leute, die etwa noch größere Vorräthe in Händen haben, sind naturgemäß wenig geneigt zu Öffnungen; auf der anderen Seite ist es zweifellos, daß im Lande eine Unzahl kleiner Posten für den eigenen Bedarf vorhanden sind, die sich jeder Schätzung entziehen. Die Summe dieser kleinen Posten aber ist voraussichtlich größer, als im allgemeinen angenommen wird. Wenn wir also auch nicht erkennen, daß die Verhältnisse im Inlande so sind, daß sie nicht ausreichen, das Land zu ernähren, so sind wir auf der anderen Seite nicht besorgt. Wir haben hohe Preise für das Brodkorn; indessen auch diese Preise sind nicht so, daß sie uns beunruhigen. Wir haben seit 1850 in sieben Jahren Jahresdurchschnittspreise gehabt, die ungefähr auf der Höhe standen, auf der unsere Roggenvpreise heute stehen. Wie steht nun das Ausland? Seit einer Reihe von Jahren hat Preußen aufgehört, ein Getreide exportierender Staat zu sein. Wir sind auf den Import angewiesen. Es fragt sich also: werden die Länder, die uns gewohnheitsmäßig bisher mit Getreide versiehen, zur Zeit im Stande sein, den vergrößerten Bedarf zu decken? Wir glauben diese Frage bejahen zu müssen. Es kommen da in Betracht außer Österreich-Ungarn Rußland, Nordamerika und Indien. Die Nachrichten über den Erntestand in Österreich-Ungarn laufen ungeschrifft so wie unsere eigenen; die Rußlands im Norden weniger günstig, in der Mitte und im Süden dagegen scheint sich die Sache erheblich besser zu gestalten, als man noch vor Kurzem annahm. Gegründete Aussicht auf eine sehr gute Ernte haben Nordamerika und Ostindien. Daraus folgt, daß ein Theil dieser Länder im Stande sein wird, denjenigen Zuschuß zu leisten, den Deutschland bedarf. Die Nachrichten, die die Regierung aus Handelsplänen eingezogen hat, gehen dahin, daß zur Zeit erhebliche Transporte nach Deutschland unterwegs sind. Es soll das, wie man mir sagte, eine Erscheinung sein, die alle Jahre eintritt, daß im Mai, Juni und Juli die Importe sich zu steigern pflegen. Es wird in diesem Jahre natürlich noch wahrcheinlicher Theils durch unsere hohen Preise, theils aber durch Verhältnisse in jenen Ländern. Uns scheint es zweifelsohne zu sein, daß der nordamerikanische Markt in dem Bewußtsein, vor einer überreichlichen Ernte zu stehen, im Begriff ist, abzuwischen, was er aus vorjährigen Beständen noch übrig hat. Wir werden nach Wochen zählen können, bis das erste ostindische Getreide auf dem europäischen Weltmarkt eintrifft. Nun ist das, was aus Nordamerika und aus Ostindien auf unseren Markt kommt, vorherrschend Weizen, während es ja bekannt ist, daß in Preußen das Roggenbrot noch die Nahrung des größten Theils unserer ärmeren Klassen ist. Indessen auch in dieser Beziehung glauben wir keine großen Beurtheilungen hegen zu müssen. Sorell, wie die Sache übersehen können, sind in Rußland noch Roggenbestände, welche sich, wie es scheint, in den Händen einzelner reicher Personen befinden, die auf den Augenblick warten, wo es ihnen nutzbringend erscheinen wird, damit auf dem deutschen Markt zu erscheinen. Es ist ferner eine nicht erst jetzt beobachtete Erscheinung, daß in Deutschland der Weizenkonsum im Verhältniß zum Roggenkonsum zunimmt. Die Thatsache spricht dafür, daß wenn uns Roggen fehlen würde, ein Übergang zu geringeren Weizenorten für diejenigen Klassen, die bisher Roggen gegessen haben, in nicht unerheblichem Maße möglich ist. Es kommt dann hinzu, daß die Marktverhältnisse in den sogenannten Niederrheinischen günstig stehen, so daß das Land, wenn es davon absieht, Roggen zu anderen Zwecken, z. B. zu Tützenzwecken, zu verkaufen, und dazu diese Nebenartikel verwenden, wohl in der Lage sein wird, seinen Nahrungsbedarf an Roggen zu decken. Wenn nun die Verhältnisse so liegen, so entsteht die Frage: soll man nicht doch angesichts der Aufrugung, die im Lande über diese Frage entstanden ist, sich entschließen, jetzt auf eine Herabsetzung oder Aufhebung der Zölle hinzuwirken? Aber was würde eine solche Aufhebung zur Zeit nützen? Die Frage, wie weit Zölle auf die Preisbildung einwirken, ist eine sehr komplexe und nicht mit so einfachen Worten, wie „das Ausland bezahlt den Zoll“ oder „der Consument bezahlt den Zoll“, abzuhören. Sehr schwer wird es im gegenwärtigen Falle sein, festzustellen, wie weit eine Aufhebung oder Herabminderung der Zornzölle auf Zeit geeignet wäre, die Kornpreise bei uns zum Sinken zu bringen. Wir haben in den letzten Tagen, wo in Folge der Sitzung vom 27. Mai sich in weiteren Kreisen der Glaube verbreitete, es würden die Zölle heruntergesetzt werden, die Erfahrung gemacht, daß in Nachbarländern, in Rußland, den Niederlanden etc. die Preise angenommen. Das Ausland schickte sich eben an, von der ungewöhnlichen Lage, in der wir uns befinden, zu ziehen. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß der Weltmarkt, der ja unsere Kornpreise mit bedingt, im ganzen eine steigende Tendenz hat, und nach dem, was ich von Sachverständigen ersten Ranges gehört habe, neige ich mich

auch dem Glauben zu, daß diese steigende Tendenz noch anhalten wird. Es werden verschiedene Gründe dafür angegeben. Der Eine sagt: Unser Kornhandel ist schon seit Jahren nicht mehrstündig genug gewesen, er hat mit falschen Voraussetzungen gerechnet, und er wird genötigt sein, mit den Preisen in die Höhe zu gehen. Andere behaupten: Bei der steigenden Bevölkerung in der ganzen civilisierten Welt wird der Getreidebedarf immer stärker, und der Getreidebau hat damit nicht Schritt gehalten. Sehen wir nun die Zölle herunter, so ist nach meiner Überzeugung mit Sicherheit anzunehmen, daß die Preisermäßigung auf dem deutschen und preußischen Markte nicht der Heruntersetzung unserer Zölle gleichkommt. Seit einer Reihe von Wochen ist der Preis des Getreides in Deutschland gleich dem Weltmarktpreis — ich nehme hier den Londoner Preis als Weltmarktpreis an — plus den Zöllen. Wenn wir aber den Zoll aufheben, so ist mit Sicherheit vorzusehen, daß ein Theil des Zölles an das Ausland fällt; man kann den Theil größer oder geringer taxiren, ein Theil aber fällt dem Auslande zu und nur ein anderer Theil würde den inländischen Consumenten zu gute kommen. Das Ausland also gehört jedenfalls zu den Gewinnern. Wie weit der inländische Consum zu den Gewinnern gehören würde, das ist zweifelhaft, um so zweifelhafter, je geringer die Herabsetzung ist und auf je kürzere Zeit sie besteht würde. Die Regierung hat in reißlicher Erwagung aller dieser Verhältnisse sich davon überzeugt, daß mit einer nötigen Herabsetzung der Zölle — also etwa das, was man ein Offenslassen bis zum Perfectwerden des deutsch-österreichischen Handelsvertrages nennen würde — nicht geholfen ist, sondern daß, wenn eine Ermäßigung der Brodtreide eintreten soll, dann der Zoll auf Zeit ganz erlassen werden müßte. Das aber ist eine Maßregel, zu der die Regierung sich nicht entschließen kann.

Wenn wir also auf der einen Seite den Nutzen, der aus einer Herabsetzung oder aus einer zeitweisen Aufhebung des Getreidezolles entstehen würde, für einen fraglichen halten, so halten wir für ungleich weniger fraglich den Schaden, der aus einer solchen Maßregel entstehen würde. Darüber kommen die Sachverständigen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft überein, daß für eine gesunde Entwicklung dieser Erwerbszweige Stetigkeit das erste Erforderlich ist. Stetigkeit braucht der Handel. Wenn man aber die Zölle auf Monate hin- und herwirkt, so ist eine solche ruhige Entwicklung gefährdet. Das solide Geschäft zieht sich vom Handel zurück, während die Speculation — und ich will dabei sagen, um nicht mißverstanden zu werden, ich halte die Speculation nicht für etwas Schädliches an sich, sondern für etwas an sich Nötiges, sie muß die Bedürfnisse des Volkes vorhersehen, um ihnen nachkommen zu können; ich möchte sagen, die wilde Speculation prosperirt, ich wiederhole, der gefundene und solide Handel bedarf der Stetigkeit. (Sehr richtig!) Ähnlich liegen die Verhältnisse in Bezug auf die Landwirtschaft. Wenn die Regierung sich entschließe, bei den Reichsbüchern eine Aufhebung der Getreidezölle oder wenigstens der Zölle für Brodtreide auf Monate zu beantragen, und wenn dieser Antrag Folge hätte, könnten wir nach Ablauf der Frist sehr leicht in der Verlegenheit sein, das wieder einzuführen, was wir erst aufgehoben haben. (Sehr richtig!) Dann könnte eine Bewegung in der Bevölkerung entstehen durch Ereignisse, die sich im Augenblick nicht übersehen lassen, in noch höherem Grade wie jetzt. Nun haben aber die preußische Regierung und, soweit ich unterrichtet bin, die verbündeten Regierungen keineswegs im Sinne, zu einem Freihandelsystem in Bezug auf das Getreide überzugehen. (Hört, hört! Sehr gut! rechts und im Centrum.) Wir haben in Verhandlungen mit anderen Staaten uns enttäuschen, zu einer gewissen Herabsetzung der Getreidezölle die Zustimmung zu geben, aber unter der Voraussetzung, daß wir da auf anderem Gebiete Gewinne machen. Ich bin nicht in der Lage, mich im Augenblick in dieser Beziehung zu äußern. Wenn irgendwo die Debatte auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag geleitet würde, würde ich wiederum in der Nothwendigkeit sein, auf eine Unterhaltung darüber nicht einzutreten und nur zu constatiren, daß ich die Behandlung dieses Themas zur Zeit auf das Äußerste beklagen müßte. (Hört, hört!) Führten wir nun auf kürzere Zeit geringere Zölle ein oder schritten ganz der Aufhebung der Getreidezölle, so müßten wir doch mit der Möglichkeit rechnen, daß am Ende dieses Termins der deutsche Markt mit ausländischem Getreide überflutet sein könnte, wenn die Zölle dann unsrer nächtlichen Ernte in Verlegenheit wären. (Lebhafte Zustimmung.) Die französische Regierung hat in dieser Beziehung nach meiner Ansicht correct gehandelt, sie läßt diese Zölle erst vom August an fallen, also zu einem Termine, wo mit der dann beginnenden stärkeren Einfuhr die eigene Ernte schon concurrit kann. — Nehmen diejenigen auf dem Handel und der Landwirtschaft basirten Motiven hat die Regierung auch Motive politischer Art. Es ist ja nichts einfacher für die Regierung, als daß sie sagt: die öffentliche Meinung ist dafür — wir würden vielleicht in allen Parteien dieses Hauses Stimmen für einen Schritt beim Bundesrathe, der auf Aufhebung der Zölle zielt, gewinnen können. Ja, wenn wir von dem Gesichtspunkte ausgehen, so wäre unsere Verantwortung allerdings leicht gedeckt. Ich bin aber der Meinung, daß eine Regierung dazu da ist, Verantwortung auf sich zu nehmen, wenn sie davon überzeugt ist, daß das, was sie will, zum Besten des Staates dient. Eine Regierung muß auch gegen den Feind schwimmen können (Sehr gut!); und selbst, wenn der Strom der Agitation in Bezug auf diese Maßregel noch wachsen sollte, so trau ich uns zu, daß der Strom uns nicht auf die andere Seite bringen wird, so wenig wie manche andere Agitation uns schon aus der Richtung gebracht hat, die wir für die richtige gehalten haben. (Lebhafte Bravo!) Wir haben ein warmes Herz für die armen Klassen. Aber auch in dieser Beziehung glauben wir recht zu handeln, wenn wir auf eine Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle auf einige Monate nicht eingehen. Wie weit würde sich denn der Brodtreide ändern, wenn die ganze Welt, der Zwischenhändler und der Bäcker — an sich auch Leute, die ihr gutes Recht haben, einen Gewinn machen zu wollen — von Hause aus wüssten: die Sache dauert nicht lange? Was würde dann eine Herabsetzung der Zölle, etwa auf die Hälfte, nützen? Wenn wir den Roggenzoll auf 25 Mk. für die Zone aus vier Monate herabsetzen, so würde der Effekt vielleicht der sein, daß das Altogramm etwa zwei bis drei Pfennige billiger würde. Ich habe nicht den Glauben, daß diese Preisermäßigung in dem Preise oder in dem Gewichte des Brodes zum Ausdruck kommt. Ich glaube nicht, daß eine so unbedeutende und auf so kurze Zeit ergriffene Maßregel im Stande sein würde, den weniger bemittelten Klassen wirksam zu helfen. Ich glaube dagegen, wenn wir auf längere Zeit die Getreidezölle ermäßigen können, wie wir das im Laufe von Vertragsverhandlungen mit anderen Staaten ins Auge gefaßt haben, daß dann auf eine Reihe von Jahren, der ärmeren Bevölkerung mehr genutzt werden kann, daß Lohn und Brodprix der Arbeiter sich besser stellen werden als jetzt. Wir werden dann, wie ich hoffe, die Verhältnisse dieser Klassen dauernd bessern, während wir jetzt im günstigsten Falle eine unbedeutende, kaum demerkbare Verbesserung auf kurze Zeit haben würden. (Sehr gut! rechts.) Eine Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle wäre aber auch in handelspolitischer Beziehung für die Reichsregierung zur Zeit in so hohem Grade erwünscht, wie nur irgend möglich. Wir können nicht in großer Handelspolitik Actionen eintreten und sie mit Aussicht auf Erfolgsdurchführung, wenn wir anscheinend in unseren eigenen Auschauungen wechseln, noch ehe wir nur das erste Resultat solcher Actionen eingeholt haben. Wir würden dem Auslande gegenüber als eine Nation erscheinen, mit der auf einen langen Zeitraum sich in solche Transaction einzulassen, bedenklich ist. Die

Regierung ist sich ihrer Verantwortung in dieser Beziehung vollkommen bewußt, sie ist sich aber auch der Verantwortung bewußt, die sie fragen würde, wenn sie dazu mitwirkte, die handelspolitische Action, von der sie sich sehr viel für Staat und Reich verspricht, zu fördern; und ich kann für meine Person sagen, daß ich eine solche Verantwortung auf mich zu nehmen nicht geneigt sein würde. Wir sind darauf gesetzt, daß man in der nächsten Zeit von vielen Seiten unser Verhalten missbilligen wird. Indes wir müssen uns das gefallen lassen, und wir werden es uns gern gefallen lassen, wenn, wie wir hoffen, das, was wir Ihnen im Lande zum Segen gereichen wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es würde doch nur natürlich sein, wenn wir nach einer Erklärung von solcher ungeheurem Tragweite, die der Reichskanzler unter wiedeholter Betonung des vollen Bewußtseins der Verantwortlichkeit, welche die Regierung trifft, abgegeben hat . . . (Präsident unterbricht den Redner, er könnte nach der Geschäftssordnung eine Debatte darüber nicht zulassen.) Ich bedaure, darauf nicht eingehen zu können, obwohl wir entschieden das Bedürfnis haben müssen, sofort in eine Discussion einzutreten. (WiderSpruch rechts.) Aber da ich nicht sprechen darf, werde ich mich beschieden müssen. (Sehr richtig! rechts.) Aber ein schwerer Mangel unserer Geschäftssordnung ist das immerhin. Jedenfalls bitte ich, daß die wichtigste Erklärung ihrem Wortlaut nach uns noch heute zugehe, damit wir erörtern können, wie darauf zurückzukommen ist.

Abg. v. Cynern (nat.-lib.): bedauert ebenfalls, daß die Geschäftssordnung keine Debatte gestattet, hofft aber, daß jemand aus dem Hause eine Besprechung in Kurzem anregt.

Abg. Richter: Der Fall ist nicht in der Geschäftssordnung vorgesehen. Wenn aber solch außerordentlicher Fall vorliegt, so müßte das Haus ein Interesse daran haben, sich nicht mundtot zu machen und nicht bloß als Chorus der Regierung zu fungiren, sondern eine Discussion daran zu knüpfen. Das kann nur geschehen, wenn niemand widerspricht. Ich wünsche, daß das nicht geschieht im Interesse der Würde des Hauses.

Präsident v. Kölle: Wir können nur verhandeln über das, was auf der Tagesordnung steht. Ich kann daher das Wort zu einer materiellen Behandlung der Erklärung des Ministerpräsidenten nicht geben. Dem Wunsch des Abg. Richter, daß die Rede baldmöglichst im Druck erscheine, werde ich gern entsprechen.

Abg. Richter: Es sind mir zahlreiche Fälle bekannt worden, in denen der Reichstag wie das Abgeordnetenhaus Gegenstände verhandelte, die nicht auf der Tagesordnung standen; das jetzt freilich voraus, daß von keiner Seite dagegen WiderSpruch erhoben werde. Ich bedaure es, wenn ein solcher Widerspruch erhoben wird; die Bedeutung des Abgeordnetenhauses wird dadurch in keiner Weise gehoben.

Abg. Graf Limburg Stirum (conf.): Wenn es nach der Geschäftssordnung noch nötig wäre, gegen die Discussion WiderSpruch zu erheben, würde ich ihn erheben und zwar im Interesse der Würde des Hauses. Das Land hat ein Interesse an den Auswirkungen der Regierung, aber nicht daran, daß sofort jetzt ohne reifliche Überlegung eine erregte Debatte darüber stattfindet.

Abg. Richter: Wir können über manchen Punkt so gleich ein Urtheil abgeben. Sie (rechts) haben ja auch Beifall gerufen; warum hielten Sie dann mit dem Beifall nicht juridisch, wenn Sie noch kein Urtheil haben? Ist es zulässig, nur durch Interjectionen ein Urtheil abzugeben? Hier ist doch nicht Ruhe die erste Bürgerpflicht.

Abg. v. Heermann (Cent.): Die Würde des Hauses wird dadurch nicht verletzt, daß wir nicht sofort in die Debatte eintreten. Wir haben Gelegenheit, die Frage durch Interpellationen oder Anträge zur Verhandlung zu bringen.

(Schluß in der Beilage.)

## Deutschland.

\* Berlin, 1. Juni. Der Bundesrat ertheilte in der am 30. v. M. unter dem Vorst. des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Böttcher abgehaltenen Plenarsitzung den vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des § 157 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, und wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, sowie den Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen wegen Feststellung eines Nachtrags zum dortigen Landeshaupts-Etat für 1891/92 (Bau einer Eisenbahn von Mommenheim nach Saaralben und Saargemünd) und über die ärztlichen Hausapothen in der vom Landesausschuß beschlossenen Fassung, endlich dem Entwurf zu Bestimmungen über die Gebühren der zur Durchführung von Absperrmaßregeln gegen die Rinderpest verwendeten Militär-Commandos die Zustimmung. Im Verlauf eines Antrages des Reichskanzlers wurde beschlossen, daß die im landesrechtlichen Wege gezeichnete Einverleibung eines Gemeindebezirks oder eines Theiles desselben in den Bezirk einer anderen Gemeinde den Eintritt in die Servitalklasse des letzteren zur Folge haben soll.

\* Über den deutschen Kaiserbesuch in England erfuhren wir, daß die Majestäten in Port Victoria in der Nähe von Sheerness am 4. Juli Nachmittags landen werden. Die hohen Herrschaften dürften sich direct nach Windsor begieben, wo sie als Gäste der Königin bis Donnerstag, den 9. Juli, verweilen werden. Für diesen Tag ist die Übersiedelung nach dem Buckingham-Palast festgesetzt und am Donnerstag, den 14. Juli, wird das Kaiserpaar London verlassen, womit der Besuch amtlich seinen Abschluß erreicht. Der Kaiser dürfte sich hierauf nach Portsmouth auf seine Yacht begeben, während die Kaiserin sich etwa drei Wochen in Cowes, Isle of Wight, aufzuhalten wird, wohin ihr erlaubter Gatte anfangs August zurückkehren will, um der vier Tage währenden Regatta beizuwollen.

\* Abgeordneten-Jubiläum.] Am 6. Juli ist der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Kölle in der Lage, sein 25jähriges Jubiläum als Abgeordneter zu feiern. Da die Session bis dahin nicht dauern wird, so ist eine Feier dieses Jubiläums für den 19. oder 20. Juni, an welchem Tag der Schluß der Session in Aussicht steht beabsichtigt.

\* Minister und Offizier.] Das neueste Militär-Wochenblatt meldete die Beförderung des Premier-Lieutenant a. D. v. Wedell zum Rittmeister. Es ist dies kein anderer als der Minister des königlichen Hauses v. Medell-Piesdorf, welcher in der Uniform des 1. brandenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 2, dem er früher angehörte, bei der Parade auf dem Tempelhofer Felde erschien. Es ist in den letzten Jahren mehrfach vorgekommen, daß unser Minister eine Beförderung in ihrem militärischen Verhältniß zu Theil gegeben ist. So avancierten Dr. v. Böttcher und Frhr. v. Lucius zu Majors und der ehemalige Viehofmeister Finanzminister v. Scholz zum Second-Lieutenant.

\* Ordens pour le mérite.] Der Kaiser hat den Geheimen Regierungsrath, Baurath und Professor Ende zu Berlin (Gebauer des Landeshaus', der Synagoge und des neuen Sparhausesgebäudes in Düsseldorf) nach stattgehabter Wahl zum stimmberechtigten Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste, sowie den

russischen Staatsrath Anton v. Rubinstein zu Petersburg und den Sir Henry Layton Layard zu London zu auswärtigen Rittern dieses Ordens ernannt.

\* [Sieben Monate unschuldig in Untersuchungshaft.] Das Schwurgericht am Berliner Landgericht I. hat einen Arbeiter, der sich unter der Anschuldigung eines Totschlags versteckt hielt, nach 7 Monaten in Untersuchungshaft befunden, nachdem seine völlige Unschuld erwiesen war, frei gesprochen. Dieselbe wurde in der Verhandlung so klar erwiesen, daß der Vertheidiger nicht nur die Freisprechung seines Clienten in Antrag brachte, sondern auch beanspruchte, die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse aufzubürden. Er begründete diesen Antrag damit, daß, wenn in dem Vorverfahren eine Gegenüberstellung der Belastungs- und Entlastungszeugen stattgefunden hätte, die Unschuld der Angeklagten sich von selbst ergeben haben würde. Der Gerichtshof erachtete diese Gründe als zutreffend und erkannte nach dem Antrage des Vertheidigers.

\* [Die russischen Auswanderer auf dem Charlottenburger Bahnhof.] Ein aufregendes Vorfall trug sich Sonntag Abend auf dem Charlottenburger Bahnhof zu. Als kurz nach 6 Uhr ein Zug mit russischen Auswanderern dort einfiel, wurden diese in die für den vorläufigen Aufenthalt bestimmten Räume gebracht, deren Gittertüren wie gewöhnlich hinter den Eintretenden abgeschlossen wurden, um ein unbefugtes Betreten des Bahnhofs zu verhindern. Eine Frau, die mit ihrem Mann und vier Kindern zusammen gekommen war, schien darauf zu glauben, daß man sie einem Gefängnis überantworten wolle. Als nun noch zwei Damen sich zweier von ihren Kindern bemächtigten, um dieselben zu waschen und mit neuen Kleidern zu versehen, da sah die unglimmliche Mutter anscheinend den Gedanken, daß man sie von ihren Sproßlingen trennen wolle. Leise sprach sie mit ihrem Mann, drückte die ihr noch gel

handlung wurde von dem Gerichtshof bis nach Erledigung der anderen, von dem öffentlichen Ankläger gegen Czeczek geführten Anklage verlängert.

#### Schweiz.

Bern, 1. Juni. Die ordentliche Sommersession der Bundesversammlung ist heute eröffnet worden. Zum Präsidenten des Nationalraths wurde der bisherige Vizepräsident Lachenal-Gens (radical) und zum Vizepräsidenten Holdener-Schöni (ultramontan) gewählt. Der Ständerat wählte den bisherigen Vizepräsidenten Götzheim-Basel (radical) zum Präsidenten und Schaller-Freiburg (ultramontan) zum Vizepräsidenten. (W. L.)

#### Bulgarien.

Sofia, 1. Juni. Anlässlich des Namensfestes des Fürsten Ferdinand hatte die Stadt gestern Abend illuminiert. In Philippopolis fanden aus gleichem Anlaß große Feierlichkeiten statt. Die Menge jubelte dem Prinzen zu, welcher zweimal am Fenster erschien und dankte. Sodann begab sich die Menge nach der Wohnung Stambulows, um ihm Ovationen darzubringen. Stambulow forderte die Menge auf, das Vaterland höherzu stellen, als persönliche Interessen. (W. L.)

#### Rußland.

Moskau, 31. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten heute einer Parade der Moskauer Truppen bei und stellten darauf der mittelafristischen Ausstellung einen Besuch ab. (W. L.)

#### Japan.

Tokio, 1. Juni. Der Attentäter Isuda Ganzo ist von dem Reichsgericht zur Untersuchung gejagt und eines Mordversuches auf das Leben des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland schuldig erklärt. Er ist demgemäß zu der äußersten vom Gesetz zulässigen Strafe, zu lebenslänglichem Zuchthause, verurtheilt worden. (W. L.)

#### Coloniales.

Rom, 1. Juni. Dem Observatore Romanov folge hat der Papst den Major v. Wissmann in voriger Woche bei der Audienz zum Commissario des Piusordens ernannt.

Am 3. Juni: Danzig, 2. Juni. M-A. 2.19. G-A. 3.36. G-U. 2.0. Wetterausichten für Mittwoch, 3. Juni, und zwar für das nordöstliche Deutschland. Stark wolkig, warm, veränderlich; windig. Vielfach starker Gewitterregen.

#### Für Donnerstag, 4. Juni:

Stark wolkig. Regensfälle; vielfach schwere Gewitter; teils sonnig. Wärmelage kaum verändert. An den Rüsten lebhaft windig.

#### Für Freitag, 5. Juni:

Wolkig, heiter, warm; oft aufrissender Wind. Lebhafter Wind an den Küsten.

#### Für Sonnabend, 6. Juni:

Heiter, warm; wandernde Wolken.

\* [Ministerial-Commissar.] Nachdem der Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Ullmann sich gestern wieder nach Berlin zurück begeben hatte, ist heute der Geh. Ober-Regierungsrath Dr. v. d. Leyen als Ministerial-Commissar zu Erhebungen betreft der Lage des Getreidemarktes hier eingetroffen.

\* [Hilfssomite.] Wie in anderen Orten, so hat sich jetzt auch in Danzig ein Hilfssomite für die in Massen ausgewichenen russischen Juden, deren Lage bekanntlich meistens eine sehr traurige ist, gebildet. Das Comité wird dieser Tage mit einem Aufruf an die Deutschenlichkeit treten.

\* [Der anthropologische Kongress.] Welcher im August d. J. in Königsberg tagen sollte, soll wie aus Königsberg gemeldet wird, wegen schwerer Erkrankung des Herrn Dr. Tischler, welchem die Vorarbeiten wesentlich oblagen, vorläufig aufgehoben worden sein. Der Kongress in Danzig am 3. und 4. August wird aber abgehalten werden.

\* [Verein für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg.] In der heutigen Sitzung des Vorstandes wurde beschlossen, von der definitiven Neuwahl des Vorsitzenden einstweilen Abstand zu nehmen und die provisorische Leitung der Geschäfte dem Herrn Landesdirector Jäckel zu übertragen. Die übrigen Anträge auf die Bewilligung von 70 000 Mk. für die äußere Ausschmückung der Marienkirche und Annenkapelle, von 40 000 Mk. für die Herstellung der Rittersäle im Südflügel des Schlosses und 21 000 Mark für den Ankauf des Hensel'schen Grundstückes zu Marienburg wurden angenommen. An der Sitzung nahmen auch der frühere Oberpräsident Wirk. Geh. Rath v. Ernsthausen, der von Berlin gekommen war, und Burggraf zu Dohna Theil.

\* [Verziehung.] Der Lehrer Splett in Marienburg ist von der königlichen Regierung an die Gemeinde Schule in Döppot versetzt worden.

\* [Danziger Lehrerverein.] Am Sonnabend, den 30. d. J. hatten sich 60 Mitglieder des hiesigen Lehrervereins in der Bezirks-Mädchenchule zu Schiblik zur üblichen Monatsitzung versammelt. Herr Lewandowski hielt mit Mädchen der 1. Klasse eine Lecture über das Freiligrath'sche Gedicht „Die Auswanderer“. Die melodiöse Behandlung wurde anerkannt; vermischt wurde der Endwuchs derselben, die Tendenz der „Warnung“. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten stellte Herr Samulski eine von dem technischen Lehrer des Gymnasiums zu Ostrowo, Hrn. Mich. Neumann, erfundene neue Rechenmaschine vor. Dieselbe gestaltet Operationen in den vier Species bis 1000 mit jeder beliebigen Größe, ganzen und decimalen Zahlen, schlägt sich an das Rechnen mit unseren Geldeinheiten und veranlaßt Flächen- und Cubikmaße, Höhemaße, Höhemaße und Gewichte in natürlicher Größe. Daraus fand im Kaffeehaus Molkenhauer ein geselliges Zusammensein mit Familien statt. — Der Verein gerichtet seinen Sommerausflug (Johannistag) nach Oliva zu machen.

\* [Für Revision der Militär-Geiselsorge] trifft der evangelische Feldpropst der Armee Dr. Richter, welcher zur Zeit Offiziere bereit, am 20. Juni hier ein und wird drei Tage lang hier verweilen.

\* [Ehreblüms-Medaille.] Den Rentier Rakauischen Ehreleuten zu Elbing ist aus Anlaß ihrer goldenen Hochzeit die Ehreblüms-Medaille verliehen worden.

\* [Freilaufung.] Herr Kaufmann M., der bei dem kleinen Brande in der Hofgefuge gestern früh vorläufig in Haft genommen wurde, weil die Vermuthung einer Brandstiftung aufstach, ist (wie wir gestern schon als bevorstehend meldeten) noch gestern Nachmittag auf Verfügung der königl. Staatsanwaltschaft wieder in Freiheit gesetzt worden.

\* [Strauß'sche Concerte.] Das gefrigste erste Concert der Strauß'schen Kapelle aus Wien im Park des Schönhauses war trotz des wenig günstigen Wetters ziemlich lebhaft besucht und es ließen die vorgetragenen Wiener Weisen in der guten Ausführung auch hier ihre eigenen Reize. Darausföhlich werden die nächsten Concerte noch stärker sein.

\* [Kirchliches.] Nach Ernennung des Hrn. Schärmer zum Pfarrer an der St. Nikolaikirche in Danzig ist der Vicar Turulski, bisher Pfarrverweser an St. Nikolai, zum Pfarradministrator der katholischen Kirche in Alt-Schottland ernannt worden.

\* [Gauerschächen.] In einigen hiesigen Apotheken seit einer Zeit ein Mann erschienen, welcher sich Hartung nannte und mehrere Flaschen eines Medicaments bestellte. Als derselbe später juridische Kehrte, um das Bestellte in Empfang zu nehmen, bat er sich noch irgend ein Pulver aus. Während dieses bereitete wurde, erging er die Flaschen und entloste damit. Es ging auf den Mann geschaudert.

\* [Messer-Assären.] Der Arbeiter Julius D. geriet gestern Nachmittag mit dem Arbeiter Julius W. in einem Schanklokal am Vorst. Graben in Streit, worauf D. dem W., als sich beide auf der Straße befanden, einen Messer in die linke Brustseite befand. D. wurde verhaftet.

Gestern Nachmittag drohte in der Nöthlergasse der mehfsach bestrafte Arbeiter Karl M. zwei Trompeten vom Artillerie-Regiment, welche sich aber, um Exzesse zu vermeiden, ruhig entfernten. Hierauf überfiel M. den Arbeiter Oskar G., zerstört demselben die Kleider und schlug ihm vorne einen Malergriffen mit der Faust ins Gesäß. M. ergriff die Flucht, wurde aber eingeholt und verhaftet.

[Polizeibericht vom 2. Juni.] Verhaftet: 7 Personen, darunter: 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 2 Arbeiter wegen Körperverletzung, 1 Maurer wegen Haussiedlungsbruchs, 1 Obdachloser, 1 Beirunkener. — Gestohlen: Eine Doubleschlüssel. — Gefunden: Eine Rolle, enthaltend Alberzeug und Inhalt, gegen Kinderlohn abzuholen Fleischergasse 47 bei Frau Kustedt; 1 Damenstrick in Neuhausen-Wohnungsstraße gefunden, abzuholen Stärkefabrik in Neuhausen. — Verloren: am 24. Mai auf dem Dampfer nach Neuhausen-Wasser. — Eintritt mit 140 Mk. abzugeben auf der kgl. Polizeidirection.

Grieffburg, 31. Mai. Der Kaiser hat der Kirche zu Alsfeld zwei goldene Armleuchter geschenkt. Die Tochter des Oberinspectors Volkmar in Prökelwitz, welche dem Kaiser bei der Ankunft und Abschaff von dort prachtvolle Blumensträuße von Marschall Niel-Nosen überreichte, erhielt eine Brosche, der Föhrer Schmidt einen Hirschfänger und eine goldene Nadel.

\* Der Amtsgerichts-Sekretär Lemanski in Briesen ist in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Graudenz versetzt und der Gerichtsschreibergehilfe Danziger bei dem Amtsgericht in Tuchel zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Briesen ernannt worden.

Marienwerder, 1. Juni. Ein trauriger Vorfall ereignete sich in der Ortschaft Stirmberg. Es wurden dort die Pferde vor einem ländlichen Fuhrwerk, in welchem das Besitzer Schröder'sche Ehepaar saß, schielen und gingen durch. Der Ehemann wurde zuerst hinausgeschleudert, erhielt aber nur leichtere Verletzungen. Nun wollte Frau Sch. vom Wagen springen, stürzte hierbei aber kopfüber auf die Straße und erlitt Armbreche sowie einen doppelten Schädelbruch, an welchem sie auf der Stelle verstarb.

Kutn, 1. Juni. Die Einweihung des neuen Schülervorhauses des Kutner Schülervereins gestaltete sich zu einem Volksfeste. Die Theilnahme der Bevölkerung war eine außerordentlich große. Bereits im Laufe des Sonnabends kamen Schüler aus Danzig, Breslau, Bromberg, Graudenz, Marienwerder, Inowroclaw, Dt. Eylau und Konitz hier an. Sonntag fand zunächst das Probefesten statt. Um 1 Uhr Mittags erfolgte der Festzug vom Gymnasialhofe aus nach dem Kriegerdenkmal. Zwei beristete Herolden in der Tracht der Ordenszeit eröffneten denselben. Diesen folgte die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 141 aus Graudenz. Dem sehr hübsch decorirten Festwagen des Kutner Schülervereins folgten die Ehrengäste, die auswärtigen Gilben u. s. w. Herr Bürgermeister Pagels begrüßte am Kriegerdenkmal die auswärtigen Gäste. Der Zug setzte sich dann nach dem Schülervorhaus wieder in Bewegung und löste sich dort selbst auf. Die Zahl der fremden Gäste betrug ca. 180. Am dem Festdinner beteiligten sich gegen 300 Personen.

Zorn, 1. Juni. In Bezug auf die Vergiftung der beiden Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt wird folgender Nähre berichtet: Die übrig gebliebenen Speisereste (Mehlklößchen), von welchen die Kinder zuletzt genossen, sind von den Eheleuten dem Kunde und der Kaffe vorgesetzt worden. Diese Thiere sind gleich darauf verendet. Die Polizei hat die in der Wirtschaft vorhandenen Mehltreife, sowie die zur Verwendung gelangte Butter und einen kleinen Rest der Mehlklößchen, welche die Thiere nicht verzehrt hatten, dem Untersuchungsgericht übermittelt.

Königsberg, 1. Juni. Der Kaiser hat der unter seinem Protectorat stehenden „Kaiser Wilhelm-Stiftung“ für erwachsene Beamtenkinder Ostpreußens aus selber Schattule einen Jahresbeitrag von 500 Mk. mit der Bestimmung bewilligt, daß dieser Beitrag bei der Vertheilung der Ordenszeit eröffneten denselben. Diesen folgte die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 141 aus Graudenz. Dem sehr hübsch decorirten Festwagen des Kutner Schülervereins folgten die Ehrengäste, die auswärtigen Gilben u. s. w. Herr Bürgermeister Pagels begrüßte am Kriegerdenkmal die auswärtigen Gäste. Der Zug setzte sich dann nach dem Schülervorhaus wieder in Bewegung und löste sich dort selbst auf. Die Zahl der fremden Gäste betrug ca. 180. Am dem Festdinner beteiligten sich gegen 300 Personen.

Thorn, 1. Juni. In Bezug auf die Vergiftung der beiden Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt wird folgender Nähre berichtet: Die übrig gebliebenen Speisereste (Mehlklößchen), von welchen die Kinder zuletzt genossen, sind von den Eheleuten dem Kunde und der Kaffe vorgesetzt worden. Diese Thiere sind gleich darauf verendet. Die Polizei hat die in der Wirtschaft vorhandenen Mehltreife, sowie die zur Verwendung gelangte Butter und einen kleinen Rest der Mehlklößchen, welche die Thiere nicht verzehrt hatten, dem Untersuchungsgericht übermittelt.

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Königsberg, 1. Juni. Der Kaiser hat der unter seinem Protectorat stehenden „Kaiser Wilhelm-Stiftung“ für erwachsene Beamtenkinder Ostpreußens aus selber Schattule einen Jahresbeitrag von 500 Mk. mit der Bestimmung bewilligt, daß dieser Beitrag bei der Vertheilung der Ordenszeit eröffneten denselben. Diesen folgte die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 141 aus Graudenz. Dem sehr hübsch decorirten Festwagen des Kutner Schülervereins folgten die Ehrengäste, die auswärtigen Gilben u. s. w. Herr Bürgermeister Pagels begrüßte am Kriegerdenkmal die auswärtigen Gäste. Der Zug setzte sich dann nach dem Schülervorhaus wieder in Bewegung und löste sich dort selbst auf. Die Zahl der fremden Gäste betrug ca. 180. Am dem Festdinner beteiligten sich gegen 300 Personen.

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

Auf die Frage, ob die Polizei die Töchter des Hauseigentümers Antusjezwski auf Tischereivorstadt in Sicherheit gesetzt habe, erwiderte der Polizeipräsident: „Nein, ich kann Ihnen keine Nachricht darüber geben.“

von Räubern geforderten 200 000 Francs Lösegeld verfügt und der Bankier Israel in Begleitung des Botschaftsdragomans Ehardt und eines Beamten der ottomanischen Bank bereits nach dem von den Räubern bezeichneten Ort unterwegs sei, um durch die Übergabe des Lösegeldes die Gefangenen zu befreien.

Berlin, 2. Juni. (Privattelegramm.) Das officielle socialdemokratische Organ „Vorwärts“ bringt an der Spitze des Blattes einen Aufruf des Parteivorstandes, in welchem die Parteiengenossen aufgefordert werden, überall im Reiche mit der Einberufung von Volksversammlungen vorzugehen und als Tagesordnung aufzustellen: „Die Kornzölle und die Reichsregierung.“ Gleichzeitig wird folgende Resolution zur Abstimmung vorgeschlagen:

„Die Versammlung protestiert gegen den Entschluß der Regierung, trotz der Brodvertheuerung die Kornzölle bestehen zu lassen; sie erachtet hierin eine schwere Schädigung der Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung und ist der Überzeugung, daß dadurch den Grundbesitzern und Kornwucherern Gelegenheit gegeben wird, ihr volksverwüstendes Treiben fortzusetzen. Die Versammlung verlangt, Angesichts der nahezu unerschwinglichen Höhe, welche die Brodpreise in Deutschland unter der Herrschaft der höchsten Betriebszölle unter allen Staaten Europas erlangt haben, die sofortige Aufhebung der Getreidezölle, die nur ein Schutzpol der Reichen zu Lasten der Armen sind. Die weitverbreitete Arbeitslosigkeit, die in allen Gewerben verbreite Tendenz, die Löhne herabzusetzen, die gleichzeitige Steigerung der Preise der unentbehrlichen Lebensmittel macht die geforderte Maßregel zu einer gebieterischen Notwendigkeit.“

Hamburg, 1. Juni. Serien-Ziehung der Köln-Mindener-Loose: 2279 2651 2759 3056.

Kassel, 1. Juni. Serien-Ziehung der Kurhessischen 40 Thaler-Loose: 53 64 108 270 332 436 527 639

673 688 750 777 825 850 882 1051 1089 1092 1093

1124 1126 1191 1200 1251 1284 1299 1358 1418 1525

1622 1639 1644 1646 1717 1739 1806 1820 1821 1824

1829 1833 1855 1891 1941 1950 2009 2019 2046 2070

2148 2156 2188 2275 2306 2311 2398 2437 2451 2534

2521 2651 2703 2764 2770 2785 2802 2870 2893 3021

3032 3033 3040 3057 3151 3203 3237 3248 3266 3296

Seitwurden wir durch die Geburt  
e. muntern Knaben hocherfreut.  
Danzig, den 2. Juni 1891.  
Herrn. Kommissar u. Frau.  
Stadt jeder besonderen Anzeige.  
Heute Morgen ein stammer  
Junge angekommen. (682)  
Bruno Allert u. Frau  
geb. Spudig.

Gestern Nachmittag starb plötzlich mein lieber Mann, mein  
guter Sohn, unser lieber Bruder,  
Schwager und Onkel der Schiffs-  
captain

**Albert Radtke**

in seinem 53. Lebensjahr, was  
hiermit um stilles Beileid bittend  
dies betrübt anzeigen. (676)  
Die trauernden hinterbliebenen.  
Heute früh starb nach kurzem  
Leiden mein innig geliebter  
Mann.

**Albert Bettin,**

im 34. Lebensjahr.  
Dieses zeigt tief betrübt an  
Herrn. Bettin,  
geb. Rimenkonski,  
Rosenberg, den 2. Juni 1891.

**Concursverfahren.**

Im Concursverfahren über  
das Vermögen des Kaufmanns  
Johann Friedrich Ludwig Ma-  
kowski in Danzig ist zur Ab-  
nahme der Schlügerechnung des  
Verwalters, zur Erhebung von  
Einwendungen gegen das Schlü-  
gerechnung der bei der Vertheilung  
zu berücksichtigenden Forderungen  
und zur Schlussfestigung der  
Gläubiger über die nicht ver-  
werblichen Vermögensstücke der  
Schlußtermine, sowie zur Prüfung  
einer nachträglich angemeldeten  
Forderung, Termin auf

den 22. Juni 1891,

Vormittags 10½ Uhr,  
vor dem Königlichen Amts-  
gericht XI hierstet. Zimmer 43.  
bestimmt.

Die Schlügerechnung nebst Be-  
wegen und Schlügerezeichnith auf  
der Gerichtsschreiberei VIII  
niedergelegt. (654)

Danzig, den 28. Mai 1891.

Der Gerichtsschreiber des Königl.  
Amtsgerichts XI.  
Men.,  
Gerichts-Actuar.

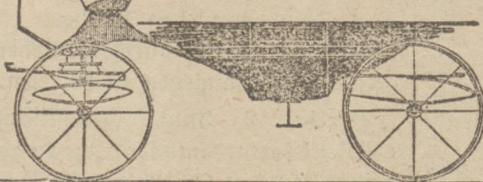


Danzig 1891.



Silberne Medaille.  
Königsberg i. Pr. 1875.

## Julius Hybbene, Danzig, Wagen-Fabrik, Fleischergasse 20,



empfiehlt eine große Auswahl neuester und eleganter  
Landauer, Säulen, offener u. halbgedeckter Wagen  
in den verschiedensten Formen zu den billigsten Preisen  
unter Garantie.

Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.



Goldene Medaille.  
Graudenz 1872.



Silberne Staatsmedaille.  
Bromberg 1880.

## Verkauf einer Villa.

Donnerstag, den 11. Juni cr., Vormittags von 10—12 Uhr,  
werde ich im Auftrage des Eigentümers die in

## Zoppot, Schmierau Nr. 4

belegene Villa mit drei Veranden, Garten, auf Wunsch auch mit  
Gästebüro und Nebenhaus, im Nützlichkeitsweg an der Ort-, und  
Stelle öffentlich versteigern. Das Grundstück liegt an der Chaussee,  
vom Bahnhof Zoppot 10 und vom Walde 5 Minuten entfernt. Be-  
sichtigung täglich gestattet und werden die Verkaufsbedingungen  
im Termin bekannt gemacht. Bietungszeitraum 100 M.

Der vereidigte Gerichts-Notar und Auctionator

H. Zenke,

am Spindhaus Nr. 3.

696)

Loose zur Wormser Dombau-  
Geldlotterie a M. 350.

Loose zur Berliner Kunstaus-  
stellung-Lotterie a M. 1.

Loose zur Weimarschen Kun-  
stausstellung-Lotterie a M. 1.

Loose zur Althessischen Kun-  
stausstellung-Lotterie a M. 1.

Loose zur Eisenernen Kreuz-Lot-  
terie a M. 1 bei

Th. Berling, Bergergasse 1.

Östdeutsche

Eisenbahn-Goursbuch,

herausgegeben von der

Königlichen Eisenbahn-Direction

in Bromberg

vom 1. Juni 1891.

Preis 50 S.

Danzer Taschen-Goursbuch,

Gommer 1891.

Preis 15 S.

Fahrpläne auf Carton

a 10 S.

empfiehlt

A. W. Klemann.

Danzig.

Animale Lymphe,

stets frisch, empfiehlt die

Apotheke zur Altstadt,

Holzmarkt 1.

Preis 50 S.

Neue Matjes-Heringe

empfing und empfiehlt pro Glück

15 S. (708)

Alexander Wieck,

Langgarten 86—87.

Getreide-Kümmel

von feinstem Kümmelsamen

und bestem Getreidespiritus

warm destillirt.

0,70 incl. Flasche

offiziell (572)

Julius v. Göken,

Hundegasse 105.

Neue Matjes-Heringe

frische

Malta-Kartoffeln

empfiehlt

F. E. Gossing,

Jopen- u. Portehaisengassen

Ecke 14. (697)

Bommerlunder

Tafel-Breitde-Aquavit

von

B. H. Möller,

Flensburg

gegründet 1760

empfiehlt

D. Adele

Idet Donnerstag, den 4. Juni cr.

nach Zoelpf, Osterode, Saalfeld,

Liebmühl, Dt. Eylan

und Zwischenstationen.

Güterzuweisung erbitten

Ferd. Krahn,

Schäferei 15. (707)

In unserem Verlage erschien  
soeben:

Es gibt

keine constitutionelle

Syphilis.

Ein Trostwort

für die gesamte Menschheit

von

Dr. Josef Hermann.

Wenn der Verfasser sich mit  
seiner Lehre an das große Publikum

wendet, so hat er das nicht

etwa auf Grund von Versuchen,

die er an einem halben Dutzend

Meerweinweinen vorgenommen

hat. Nein, so wenig gründlich

geht unser Verfasser nicht vor.

Er tritt erst jetzt, einen 74-jährigen

Greis, mit den Erfahrungen, die

er als Spezialist für Syphilis am

hierzlichen Krankenhaus Wieden

in Wien während eines langen

Wendeschen an ca. 70 000

Patienten sämlich ohne Quacksilber

mit größtem Erfolge be-  
handelt) gesammelt hat, vor das

Publikum und erachtet es für seine

heilige Pflicht, frei und offen,

mitten im Sturm der gegen-  
heiligen Anschauungen, dem

falschen System der heutigen

Syphilisterei zum Trotz, seine

Lehre über Syphilis aller Welt

zu verkünden.

Das wissenschaftlich geschriebene

Buch ist von hohem Interesse für

selbstdenkende Aerzte und

gebildete Leute.

Gegen Einwendung von M. 1.60

in Briefmarken oder durch An-

weisung erfolgt Franco-Zulieferung

unter Kreuzband, gegen M. 1.70

Zulieferung in geschlossenem

Doppelbrief.

211

Hermann Risel & Co.,

Verlagsbuchhandlung.

Loose z. Schneidemühler Pferde-  
Lotterie a M. 1.

Loose zur Wormser Dombau-  
Geldlotterie a M. 3.50.

Loose zur Berliner Kunstaus-  
stellung-Lotterie a M. 1.

Loose zur Eisernen Kreuz-Lotterie

a M. 1.

empfiehlt

C. Bonnet,

Melbergasse 1.

Feinste Tischbutter,

wöchentlich 3 mal fr. Lieferung,

per M. 1.50. empfiehlt

Carl Köhn,

Borst. Graben 45, Ecke Melber-

gasse 1. (702)

Emil Hempf,

Brodbänkengasse 47.

Prima Tafelbutter,

täglich frisch 1.20 und

1.10 M.

gute frische Weiderbutter,

p. M. 1.50. empfiehlt

E. A. Kauer,

Hundegasse 19.

Alte

Flaschenweine,

durchweg Raritäten, aus

den hervorragendsten Jah-  
rgängen von M. 3—10.

desgleichen aus mittleren

und geringeren Lagen von

M. 1—3 in vorzüglich ent-  
wickelten

# Beilage zu Nr. 18927 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 2. Juni 1891.

## Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Auf der Tagessitzung steht die Beratung der aus dem Herrenhause vorliegenden Landgemeindeordnung. Das Herrenhaus hat in folgenden Paragraphen Änderungen beschlossen: §§ 2 und 3 (Verbindung von Gutsbezirken und Landgemeinden usw.), § 41 (Gemeinderecht), §§ 48 und 50 (Wahlrecht), § 75 (Wahl der Gemeindevorsteher auf 12 statt auf 6 Jahre), § 109 (Dessentlichkeit der Sitzungen der Gemeindeverfassungen und Gemeindevertretungen), §§ 137 und 138 (Zweckverbände) und § 149 (Ausführungsverschriften). Außer zwei mehr redaktionellen Änderungen wird vom Abg. v. Dzembrowski beantragt, im § 75 die Wahl der Gemeindevorsteher auf 6 Jahre in das Gesetz wieder aufzunehmen, aber zu gestalten, daß nach 3 Jahren der Gemeindevorsteher auf weitere 9 Jahre gewählt werden kann. Ferner beantragt Abg. v. Rauchhaupt, im § 40 die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen. Danach sollen durch Ortsstatut die Steueraufschäfte, bei welchen ein mehrfaches Stimmrecht eintritt, erhöht oder ermäßigt werden können, letzteres jedoch nur um ein Drittel. — Nach dem Beschuß des Herrenhauses sollten auf Antrag des Kreisausschusses durch Beschuß des Provincial-Landtages im Einverständniß mit dem Oberpräsidenten die Steueraufschäfte erhöht oder höchstens jedoch um die Hälfte ermäßigt werden können. — Abg. v. Dzembrowski beantragt, die Worte: „im Einverständniß mit dem Oberpräsidenten“ zu streichen. Zum § 48 liegt außer dem Antrag v. Rauchhaupt auch ein Antrag Richter vor, jedes mehrfache Stimmrecht zu befeiligen oder doch in den Beschlüssen des Herrenhauses die Einführung eines solchen mehrfachen Stimmrechts nicht vom Antrage des Kreisausschusses, sondern der Gemeindeversammlung abhängig zu machen.

In der Generalbiscussion bemerkte

Abg. Meyer-Arnswalde (wildcons.): Ich bin auch nach den Änderungen des Herrenhauses nicht in der Lage, für dasselbe zu stimmen.

In der Spezialbiscussion werden die §§ 1 bis 47 ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Zu § 48 erklärt

Abg. v. Huene (Centr.), daß seine Partei für den

Herrenhausbeschluß stimmen werde, da die weitergehenden Anträge Rauchhaupt und Richter doch nicht auf eine Annahme seitens des Herrenhauses rechnen dürfen.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Wir legen auf die ortsstatutarische Regelung den grössten Werth, und es würde uns sehr schwer fallen, für die Landgemeindeordnung zu stimmen, wenn der Herrenhausbeschluß angenommen würde. Dieser Beschuß ist so unklar, daß man gar nicht weiß, wie sich z. B. das Herrenhaus die Kompetenz des Provincial-Landtages in dieser Frage denkt. Ich hoffe, das Herrenhaus wird Concessionen machen auf diesem Gebiete, wenn wir ihm in logater Weise die Möglichkeit geben, wirklich das zum Ausdruck zu bringen, was es gewollt hat.

Minister Herrfurth führt aus, daß das Herrenhaus gegen die ortsstatutarische Regelung gewesen sei, weil es die Streitigkeiten über Erweiterung und Beschränkung des Stimmrechts nicht in die Gemeinden selber hineinragen wollte. Man sollte die Entscheidung in eine möglichst hohe Instanz legen. Die Regierung kann sich mit diesem Beschuß im allgemeinen einverstanden erklären, da er die Möglichkeit giebt, den Bedürfnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Der Antrag Richter ist für die Regierung unannehmbar. Den Antrag v. Rauchhaupt wird wohl das Herrenhaus nicht annehmen, den Antrag v. Dzembrowski kann die Regierung aber stimmen.

Abg. Hobrecht (n.-l.) tritt ebenfalls für den Herrenhausbeschluß ein, der nur in einer rein technischen Frage von dem Beschuß des Abgeordnetenhauses abweicht, den wesentlichsten Theil des § 48 aber, die Vertheilung des Stimmrechts, unverändert lasse. Der Unterschied zwischen den beiden Beschlüssen bestehe nur darin, daß der Beschuß des Herrenhauses das Schwerpunkt der Entscheidung anstatt in den Kreisausschuss in eine höhere Behörde legt. Dieser Unterschied sei nicht so groß, daß man um deswegen das Zustandekommen des Gesetzes erschüttern dürfe.

Abg. Richter: Über diese Handlung schwiebt etwas, das dem Ueingedenken — und ich bin es, da hr. v. Rauchhaupt uns diesmal zu den Vorberathungen gegen den früheren Brauch nicht zugezogen hat — nicht klar ist. Der Abg. v. Rauchhaupt ist verstimmt, er droht sogar mit der Ablehnung des Gesetzes. Er behauptet, das Herrenhaus habe sich selbst nicht verstanden und auch das Abgeordnetenhaus nicht verstanden. Er habe jetzt erst die Sache klar gestellt und jetzt müsse der alte Beschuß noch einmal an das Herrenhaus zurück. Was ist denn eigentlich passiert? Jedenfalls sind wir bei den Andeutungen des Abg. v. Rauchhaupt recht versichert. Er meint, das Ortsrecht, wie den Bauern liefer in den Knochen als eine codifizierte Landgemeindeordnung. Da sieht der Haken. Er will Ortsrecht, wir aber Landesrecht. Dann haben wir auch den Hebel, weitere Reformen durchzuführen. Erst muß das Chaos der Ortsstatuten und der verschiedenen Rechte weggeräumt werden. Einheitliche klare Ordnung muß geschaffen werden, dann werden die Bauern ihre Kraft für bessere Zustände vereinigen können, während sie jetzt isoliert werden. Aus allem hier und im Herrenhause hört man heraus: die Herren (rechts) wollen die Landgemeindeordnung nicht und sie werden es dem Minister Herrfurth nicht vergessen, daß er diese Reform in die Hand genommen. Tolerari posse — das ist das Höchste, aber nebenbei werfen sie Knüppel so viel wie möglich davorwärts. Nach unserer Meinung war der Beschuß des Abgeordnetenhauses schlecht, der des Herrenhauses auch. Aber wir fragen uns doch: welcher ist unzähliglicher? In unserem Sinne der Herrenhausbeschluß und deshalb ziehen wir diesen event. vor. Die Herren sprechen ja so viel von ihrer Liebe zum Vaterlande. Sie haben den Minister auch wieder im Herrenhause angegriffen, weil er hier von dem Hochmuth der Bauern gesprochen, die den kleineren Leuten kein Stimmrecht geben und mit ihnen nicht zusammen ratzen wollten. Er hat aber dagegen protestiert, daß die Bauern in ihrer großen Majorität solchen Hochmuth hätten. Aber die Bauern sollten sich doch einmal genauer ansehen, wie denn ihre Vertheidiger über sie denken. Ich habe eine Blätterlese von einigen conservativen Herrenhausmitgliedern zusammengestellt. Herr v. Kleist-Reckow sagte, die Bauern hätten „manche wirklich unangenehme Eigenhümlichkeiten“. Herr v. Biebenbach erklärte, „die Bauern könnten selten eine sachliche Entscheidung treffen“, sie nehmen die Dinge persönlich. Herr v. Webel erklärte, sehr häufig entschieden kleinliche Rücksichten bei den Bauern bei der Wahl. Solches Zeugnis haben die Vertheidiger der Bauern ihren Schüllingen gegeben. (Auf: Herrenhaus!) Denken Sie denn nicht gerade so? Nun, ich hoffe, die Bauern werden darüber noch klarer werden, was sie von ihren Vertheidigern zu erwarten haben. Sie werden, wenn erst allgemeines Landesrecht für das platt Land geschaffen, rüfig herangehen und ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und deshalb stimmen wir für diese Landgemeindeordnung trotz ihrer grossen Mängel.

Abg. Weber-Halberstadt (n.-l.) spricht sich für den Herrenhausbeschluß aus. Die Entscheidung des Provincial-Landtages habe den Vorbehalt vor jeder anderen Regelung, daß seine Verhandlungen öffentlich sind.

§ 48 wird in der Herrenhausbisfassung mit dem Antrag Dzembrowski angenommen.

Bei § 75 erklärt sich

Abg. v. Gneißt (n.-l.) für den Beschuß des Abgeordnetenhauses. Für 12 Jahre wird man ohne besondere hohe Dienstostenbeschädigung keine geeigneten Kräfte für die Schulämter bekommen. Die 12jährige Wahl ist ohne Vorgang; die Grobgründlichkeit übernehmen ihre Ehrenämter nur auf 3 oder 6 Jahre, darf man auch den Bauern nicht die doppelte Last aufbürden. Es ist kein Bedürfnis, die bewährte Einrichtung der sechsjährigen Wahl zu ändern.

Abg. v. Huene (Centr.): Ich bin sachlich durchaus mit dem Abg. v. Gneißt einverstanden, um aber der Aussaffung des Herrenhauses, so weit es zulässig, entgegenzukommen, bitte ich, den Antrag Dzembrowski anzunehmen.

Abgeordneter Richter: Ich bitte Sie, nur den ersten Theil dieses Antrages anzunehmen, so daß die Wahl auf drei Jahre beschränkt bleibt. Für den Beschuß des Herrenhauses sind dort keine sachlichen Gründe geltend gemacht worden. Man wollte nur eine Bestimmung der Kreisordnung rückwärts revidieren. Man legt ja sonst auf amtliche Autoritäten so viel Gewicht. Hier hat der Minister nun gesagt, daß außer einem einzigen Regierungspräsidenten, der uns als geschätzter College hier gegenübersteht, und wenigen Landräthen sich alle diese Beamten für die Wahl des Schulen auf sechs Jahre ausgesprochen haben. Die Befürchtung, daß das Herrenhaus sich unseren Beschlüssen nicht fügen möchte, ist hier ausgeschlossen, weil hr. v. Alst-Reckow selber gesagt hat, es handle sich nicht um einen prinzipiellen Antrag, sondern um einen Versuch, diese Änderung durchzubringen. Gelingt dieser Versuch nicht, so wird sich eben das andere Haus führen. Ich bitte also, den ursprünglichen Beschuß aufrecht zu erhalten.

Hierauf wird § 75 mit dem Antrage v. Dzembrowski angenommen. (Gegen den zweiten Theil des Antrages v. Dzembrowski stimmen die Freisinnigen und ein Theil der Nationalliberalen.)

§ 109 handelt von der Dessentlichkeit der Gemeindeversammlung und Gemeindevertretung. Nach dem Beschuß des Herrenhauses soll eine befrüchtete Dessentlichkeit stattfinden, es sollen nur die mit dem Gemeinderecht ausgestatteten Personen zugelassen werden. Abg. v. Dzembrowski beantragt, alle männlichen gleichjährigen, zu Gemeindeabgaben herangezogenen Personen als Wähler zu zulassen.

Abg. v. Gneißt (n.-l.): Ich bitte Sie, unseren guten alten Erfahrungen nicht entgegenzutreten und die unbefruchtete Dessentlichkeit einzuführen zu wollen. Den schlimmen Verhältniszuständen der früheren Zeit mache ich vom Stein ein Ende dadurch, daß ich die Verantwortlichkeit der Beamten und Vertrauenspersonen einführe, die Lebenslust dieser Verantwortlichkeit ist über die unbefruchtete Dessentlichkeit.

Minister Herrfurth: Prinzipiell lege ich Gewicht nur darauf, daß die Verhandlungen öffentlich sind und nicht vor geschlossenen Thüren vorgenommen werden, sondern daß jemand durch die Thüren hineinkann. Wer oder wie viele, das ist nebensächlich. Ich sehe in dem Antrage Dzembrowski eine wesentliche Verbesserung der Herrenhausbeschlüsse, weil nach diesen Beschlüssen es leicht kommen kann, daß die Dessentlichkeit nur auf dem Papier steht.

Abg. v. Dzembrowski (freicons.) befürwortet seinen Antrag.

Abg. v. Strombeck (Centr.) hält diesen Antrag für ein weitgehendes Entgegenkommen gegen das Herrenhaus, und er hofft, dieses werde dem Beschuß nun zustimmen.

Abg. Richter: Die Gründe des Herrenhauses sind durchaus nicht durchdringend. Das Herrenhaus ließ sich wesentlich durch Befürchtungen vor Ruhestörungen leiten, dagegen hat aber der Vorsteher der Gemeindevertretung ohnehin genügend gesetzliche Mittel an der Hand. Was für ein Widerspruch liegt übrigens darin, daß das Herrenhaus den Gemeindevorsteher auf zwölf Jahre wählt und ihm nachher nicht die Macht zutraut, Störungen der Gemeindeverfassungen zu verhindern!

Danach wird § 109 mit dem Antrage v. Dzembrowski angenommen.

Bei § 149 stellt Abg. v. Heydebrand den Antrag, daß, wenn die Censiten unter 900 Mark zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden sollen, es dazu eines förmlichen Beschlusses der Gemeinde bedarf.

Abg. Hobrecht (n.-l.): Wir alle sind mit dem Inhalt des Antrages einverstanden; wir halten es aber für überflüssig, eine Bestimmung einzufügen, deren Sinn sich von selbst versteht. Durch die Annahme des Antrages würde nur die Zahl der Differenzen mit dem Herrenhause vermehrt werden.

Die Abg. v. Bedlich, v. Huene, Richter und der Minister schließen sich diesen Ausführungen an.

Der Antrag v. Heydebrand wird abgelehnt und darauf § 149 angenommen.

Bei der Überschrift des Gesetzes erklärt

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Meine politischen Freunde werden gegen die Landgemeindeordnung im ganzen stimmen, wenn es uns auch nicht leicht wird. Wir sind dazu einmal genötigt, weil in den §§ 49 und 109 die für uns unerlässlichen Grundsätze nicht bewilligt sind. Ein zweiter Grund ist für uns die Erklärung des Ministers im Herrenhause. Er sagt dort, daß die Absicht der Conservativen im Abgeordnetenhaus gewesen sei, grundföhliche und principielle Änderungen an der Regierungsvorlage vorzunehmen, daß aber diese Anträge sämlich abgelehnt worden seien. In den Zwischenjahren führte er aus, daß die drei Ziele, Erleichterung der Zusammensetzung der Gutsbezirke mit Gemeinden, Aulösung der Nicht-Gingesessenen zum Stimmrecht und Zwangs-Zweckverbände, erreicht seien. Damit in dem Lande nicht die Auffassung entstehe, daß wir diesen drei Zielen widerstrebt hätten, constatierte ich zunächst, daß wir diese drei Zielen durchaus billigen. Die Wege aber, um zu diesen Zielen zu gelangen, sind bei uns grundsätzlich von denen des Staatsministeriums verschieden. Wir müssen Werth darauf legen, durch die Erklärung des Ministers nicht in den Verdacht zu kommen, daß die Thätigkeit der Conservativen bei den Verhandlungen an den Prinzipien der Vorlage nichts geändert habe. Bei zahlreichen Punkten haben wir vielmehr unserer Auffassung Platz zu schaffen verloren und gewußt. Also trifft die Behauptung des Ministers, daß wir pro nihilo gearbeitet hätten, nicht zu. Wir können aber nicht weitergehen, als wir gegangen sind, wir müssen darauf sehen, daß der Minister unsere Zustimmung zu dem Gesetze nicht wiederum im Herrenhause verwehre, und werden deshalb das ganze Gesetz ablehnen.

Minister Herrfurth: Ich verstehe den Abg. v. Rauchhaupt nicht, wenn er zur Rechtfertigung des Umstandes, daß er und seine Freunde gegen das Gesetz stimmen, eine Reihe von Veränderungen ansfüht, die er für Verbesserungen der Regierungsvorlage hält und von denen er den Nutzen der Verbesserung sich hofft. Ich könnte es verstehen, wenn er erklärt hätte, daß nachdem alles dies erreicht sei, er nun für das Gesetz stimmen würde. Der Vortrag des hrn. v. Rauchhaupt wäre sehr schön improvisiert, wenn er nicht zu gut vorbereitet wäre, möchte ich fast sagen. (Heiterkeit.) Was die principielle Stellung anlangt, so erinnere ich daran, daß ich allerdings genötigt war, gegen gewisse Beschlüsse Front zu machen, die ich nomine der Staatsregierung für unannehmbar hielt.

Wenn § 2 gefaßt worden wäre, daß ausschließlich von dem Kreisausschuß, sogar nur auf Antrag des Kreisausschusses, eine derartige Änderung von den Selbstverwaltungsorganen beschlossen werden könnte, und wenn die Regelung des Stimmrechts ausschließlich

dem Ortsstatut überlassen worden wäre, so würde ich nicht in der Lage gewesen sein, allerhöchsten Orts die Sanction des Gesetzes zu befürworten. Das sind die Fragen, die ich bei jener Neuerung im Herrenhause als prinzipiell bezeichnet habe. Für die übrigen Punkte habe ich meinerseits die Zustimmung erklärt. Ich vermag nicht anzu erkennen, daß, wenn ich sachlich für alle Beschlüsse im Herrenhause eingetreten bin und andererseits einige Anträge für unannehmbar bezeichnet habe, dieses ein genügender Grund, oder auch nur ein genügender Vorwand sein kann, gegen die Landgemeindeordnung im ganzen zu stimmen. (Sehr gut! links.) Als die Herren sich bereit erklärt haben, für die Vorlage zu stimmen, sich für das tolerari posse auszusprechen, möchten sie denken: „Ich gesteh' es frei, zufrieden bin ich, aber es ist mir nicht wohl dabei.“ Wenn ich meinerseits daran denke, was in den ersten Lesungen und in den ersten Sitzungen der Commission zu Tage getreten ist, so kann ich angesichts des schlichten Ergebnisses sagen: Ich bin zufrieden, und es ist mir auch wohl dabei. (Beifall.)

Abg. Richter\*: Diese Überraschung hatte ich nicht erwartet, nachdem Graf Ranft vor wenigen Tagen erklärt hatte, er würde in der vierten Lesung für die Land-

gemeindeordnung stimmen. Wenn einer von uns aufgestanden wäre und gesagt hätte, die Regierungsvorlage gefiele uns schon gar nicht, jetzt haben Sie das Gesetz so schlecht gemacht, daß es unannehmbar geworden ist, so würde sich niemand gewundert haben, auch der hr. Minister nicht. Aber wir Wilben sind doch bessere Menschen (Heiterkeit). In diesem Augenblick werden wir froh der vielen Beschwerden für das Gesetz stimmen, in dem vollen Bewußtsein, daß unsere kleine Schaar hierbei vielleicht den Ausschlag gibt. Ich bitte den hr. Minister, es sich nicht unheimlich werden zu lassen (Heiterkeit) und unsern Anteil am Zustandekommen des Gesetzes auf unseren Credit zu schreiben und es nicht zu vergessen. Wer kann denn annehmen, daß die heutigen Beschlüsse die Sinnenänderungen der Conservativen befrüchtet haben? Noch in der zweiten Lesung im Hause war bei den Beschlüssen zu § 48 nicht von dem Staat die Rede, welches erst in der dritten Lesung hineingekommen ist. In der Commission, die unter dem Vorsteh des hrn. v. Rauchhaupt getagt hat, hat niemand einen Antrag gegen die Dessentlichkeit gestellt, und jetzt kommen die Herren her, nachdem sie selber den Beschuß mitgemacht haben, und bringen solche Gründe für ihre veränderte Stellung bei. Das wollen wir vor dem ganzen Lande constatiren. Die Kunst bestehen Sie nicht, auswärts weiz zu machen. (Gebrüderlich! links.) Warum sagen Sie das alles jetzt jetzt? Nicht einmal als Vorwand sind diese Gründe gut genug. Sie wissen sehr gut, wohin sie gesetzt haben, denn das Herrenhaus hat ja noch die Vorlage in der Hand. Am Ende der Leipziger Straße wird aber mehr Einsicht vorhanden sein für die Bedürfnisse des Landes, und ich vertraue darauf, daß im Herrenhause das Gesetz ratifiziert wird, daß eine Vorlage, die seit 80 Jahren von dem Volke ersehnt wurde, auch Gesetz wird. (Lebhafte Leisung bei den Freisinnigen und Nationalliberalen.)

Abg. v. Rauchhaupt: Wir haben immer den Standpunkt vertreten, den wir heute einnehmen. Wir sind in der dritten Lesung beim § 48 zurückgetreten, um die Landgemeindeordnung zu Stande zu bringen, und ähnlich liegt die Sache beim § 109. Wir haben vom ersten Augenblick an gegen ihn Front gemacht.

Die namenliche Abstimmung ergibt die Annahme des Gesetzes mit 206 gegen 99 Stimmen. Gegen das Gesetz stimmen geschlossen die Conservativen, ferner die Abg. v. Schalisch (Centr.) und Spangenberg (freicons.), für das Gesetz stimmen die Freisinnigen, die Nationalliberalen und die Polen geschlossen, ferner das Centrum und die Freiconservativen mit den bezeichneten Ausnahmen, endlich die Abg. v. Kölner und Cremer-Letzow. Nächste Sitzung: Dienstag.

\* Der telegraphische Bericht in der heutigen Morgennummer hatte an dieser Stelle irrtümlich den Abg. Richter als Redner genannt.

## Danzig, 2. Juni.

\* Anmeldung von Versammlungen.] Nach § 3 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 bedarf es einer besonderen Anmeldung der einzelnen Versammlungen eines Vereins nicht, wenn dieselben statutenmäßig oder nach Verfassungsbefehl an bestimmten Tagen stattfinden, und ferner der Polizeihörde rechtmäßig Anzeige gemacht ist. Gleichwohl wurde von dem Vorsteher einer Baptisten-Gemeinde im Kreise Gerbauen, bei welcher diese Voraussetzung zufällig nicht bestanden waren, ein Beschuß erlassen, der die Befreiung der Versammlungen vom Pflichten der Anmeldung verhinderte. Dagegen erklärte der Oberverwaltungsgericht durch Urteil vom 4. März 1891, dieselbe für irrtümlich und gesetzwidrig. Sogar seitdem ist der Beschuß nicht mehr in der Ausführung geblieben.

Abg. Hobrecht (n.-l.): Wir alle sind mit dem Inhalt des Antrages einverstanden; wir halten es aber für überflüssig, eine Bestimmung einzufügen, deren Sinn sich von selbst versteht. Durch die Annahme des Antrages würde nur die Zahl der Differenzen mit dem Herrenhause vermehrt werden.

Der Antrag v. Heydebrand wird abgelehnt und darauf

§ 149 angenommen.

Bei der Überschrift des Gesetzes erklärt

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Meine politischen Freunde werden gegen die Landgemeindeordnung im ganzen stimmen, wenn es uns auch nicht leicht wird. Wir sind dazu einmal genötigt, weil in den §§ 49 und 109 die für uns unerlässlichen Grundsätze nicht bewilligt sind. Ein zweiter Grund ist für uns die Erklärung des Ministers im Herrenhause. Er sagt dort, daß die Absicht der Conservativen im Abgeordnetenhaus gewesen sei, grundföhliche und principielle Änderungen an der Regierungsvorlage vorzunehmen, daß aber diese Anträge sämlich abgelehnt worden seien. In den Zwischenjahren führte er aus, daß die drei Ziele, Erleichterung der Zusammensetzung der Gutsbezirke mit Gemeinden, Aulösung der Nicht-Gingesessenen zum Stimmrecht und Zwangs-Zweckverbände, erreicht seien. Damit in dem Lande nicht die Auffassung entstehe, daß wir diesen drei Zielen widerstrebt hätten, constatierte ich zunächst, daß wir diese drei Zielen durchaus billigen. Die Wege aber, um zu diesen Zielen zu gelangen, sind bei uns grundsätzlich von denen des Staatsministeriums verschieden. Wir müssen Werth darauf legen, durch die Erklärung des Ministers nicht in den Verdacht zu kommen, daß die Thätigkeit der Conservativen bei den Verhandlungen an den Prinzipien der Vorlage nichts geändert habe. Bei zahlreichen Punkten haben wir vielmehr unserer Auffassung Platz zu schaffen verloren und gewußt. Also trifft die Behauptung des Ministers, daß wir pro nihilo gearbeitet hätten, nicht zu. Wir können aber nicht weitergehen, als wir gegangen sind, wir müssen darauf sehen, daß der Minister unsere Zustimmung zu dem Gesetze nicht wiederum im Herrenhause verwehre,

Marknoten 57.77½, Russische Banknoten 1.40, Silbercoupons 100.  
Amsterdam, 1. Juni. Getreidemarkt. Weizen auf Ternine niedriger, per Novbr. 254. — Roggen loco geschäftlos, do, auf Ternine niedriger, per Oktober 178. — Rübsöl loco 34½.  
Antwerpen, 1. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Lippe weiss loco 157½ bei, 16 Br., per Juni 15½ per Juli 15½ Br., per August 16 Br., per Sept.-Dezember 16½ Br. Ruhig.  
Antwerpen, 1. Juni. Weizen tufig. Roggen unbelastet. Hafer ruhig. Getreide unverändert. Paris, 1. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Juni 30.10, per Jul 29.80, per Juli-August 29.50, per Sept.-Okt. 28.80. — Roggen ruhig, per Juni 19.20, per Sept.-Okt. 19.10. — Döchtmatt, per Juni 63.60, per Jun 64.40, per Juli-Aug. 64.20, per Sept.-Okt. 64.20. — Rübsöl loco, per Juni 73.50, per Jun 74.00, per Juli-Aug. 74.25, per Sept.-Okt. 76.50. — Spiritus fest, per Juni 41.50, per Juli 41.75, per Juli-August 41.75, per Sept.-Okt. 38.75. — Wetter: heit.

Paris, 1. Juni. (Schlußcourse) 3% amortisirte Rente 95.15, 4% Rente 95.05, 4½% Anl. 104.55, 5% ital. Rente 92.45, österr. Goldr. 95½, 4% ungar. Goldrente 91.50, Orientanleihe 75.75, 4% russ. 1880 97.95, 4% Russen 1889 98.25, 4% unif. Aegypten 483.12, 4% Iwan. äuherne Anleihe 72½, convert. Türken 18.07½, türk. Loope 71.00, 4% privilegierte türk. Obligationen 409.50, Franzosen 597.50, Lombarden 231.25, Lomb. Prioritäten 327.50, Banque ottomane 576.25, Banque de Paris 790.00, Banque d'Escompte 463.75, Crédit foncier 1261.25, do, mobilier 375, Meridional-Aktionen —, Panamakanal-Aktionen 33.75, do, 5% Obligat. — Rio Tinto-Aktionen 568.75, Suezkanal-Aktionen 2680.00, Gas Parisis 1390, Credit Lyonnais 780.00, Gas pour le Fr. et l'Etranger 550.00, Transatlantique 515.00, B. de France 442.50, Ville de Paris de 1871 410.00, Tab. Ottom. 342.00, 2½% engl. Consols —, Wechsel auf deutsche Blähe 122½.

Londoner Wechsel kurz 25.29½, Cheques a. London 25.32, Wechsel Amsterdam kurz 208.58, do, Wien kurz 111.75, do, Madrid kurz 472.00, C. d'Esc. neue 500.00, Robinson-Akt. 55.00, Neu 3% Rente 93.12.  
London, 1. Juni. (Schlußcourse) Engl. 2½% Consols 94½, Br. 4% Consols 105, ital. 5% Rente 91, Lombard. 91½, 4% consi. Russen von 1889 (2. Serie) 97½, conn. Türk. 17½, österr. Gilberrente 79, österr. Goldrente 94, 4% ungarische Goldrente 90½, 4% Spanier 72½, 3% privat. Aegypten 90%, 4% unif. Aegypten 95½, 3% garantirte Aegypten 99½, 4½% ägypt. Tributant. 94½, 6% consi. Merikaner 86½, Ottomansbank 12½% Guejarista 105½, Canaba-Pacific 78½, Do. Beers-Aktionen neue 14½, Rio Tinto 225.8, 4½% Rupees 753.4, Arg. 5% Goldanleihe von 1883 64½, do, 4½% äuherne Goldanleihe 35, Neuere 3% Reichsanleihe 82, Silber 41½, Plakatdiscont 3½.

London, 1. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen stetig, fremder sehr träge, russischer nur zu 1/2% niedriger verkäuflich; Mehl ziemlich gefragt, fest, russischer Hafer williger; Erbsen i. sh. niedriger. Uebrige Artikel ruhig, unverändert. — Wetter: heiter.

London, 1. Juni. Auf der Rüste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: heiter.

Glasgow, 1. Juni. Roheisen. (Schluß) Dized numbers warrants 56 sh. 8 d.

Newark, 1. Juni. Wechsel auf London 4.84½. — Roher Weizen loco 1.11½, per Juni 1.10, per Juli 1.07½, per Debr. 1.05½. — Mehl loco 4.50, — Mais per Novbr. 60¾. — Fracht 2. — Suder 3.

### Productenmärkte.

Königsberg, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen per 1000 Kilo, gelernt ruff. 128.7½, 173 M. bei, — Roggen ruff. 120%, 121, 122, 123, 125, 126, 127, 128, 129 M. bei, — Bohnen per 1000 Kilo, ruff. 131, 139 M. bei, — Leinfauna per 1000 Kilo, Rüben per 1000 Kilogramm russischer 210 M. bei, — Butter per 1000 Kilo, Gelb 200 M. bei, — Weizenkörne zum See-Export per 1000 Kilo, ruff. grobe 91.50, dünne 91.50 M. bei, — Spiritus per 1000 Liter ohne Fak loco contingent 71½ M. Gd. nicht contingent 51½ M. Gd., per Juni nicht contingent 51½ M. Gd., per Juli nicht contingent 51½ M. Gd., per August nicht contingent 52½ M. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Ciettin, 1. Juni. Getreidemarkt. Weizen steigt, loco 222—235, per Sept.-Okt. 230. — Roggen steigen, loco 202—206, per Juni 213, per Sept.-Okt. 214. — Pommerischer Hafer loco 168—172, — Rübsöl ruhig, per Juni 59.50, per September-Oktobor 60.00. — Spiritus Hill, loco ohne Fak mit 50 M. Conumsteuer — mit 70 M. Conumsteuer 50.00, per Juni mit 70 M. Conumsteuer 50.00, per August-September mit 70 M. Conumsteuer 50.00, — Petroleum loco 10.90.

Berlin, 1. Juni. Weizen loco 200—235 M. per Juni 231—232.50—231.50 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Safer per 1000 Kilo, große russ. 128 M. bei, — Safer per 1000 Kilo, ruff. 113.50 M. bei, — Mais per 1000 Kilo, 118 M. bei, — Erbsen per 1000 Kilo, 135, a. d. Waffer Ger. 122 M. bei, — grüne ruff. 118 M. bei, — Bohnen per 1000 Kilo, ruff. 118 M. bei, — Buchweizen per 1000 Kilo, hochfeine ruff. 210 M. bei, — Leinfauna per 1000 Kilo, Rüben per 1000 Kilo, ruff. 178 M. bei, — Rüben per 1000 Kilo, ruff. 170 M. bei, mittl. ruff. 178 M. bei, — Weizenkörne zum See-Export per 1000 Kilo, ruff. grobe 91.50, dünne 91.50 M. bei, — Spiritus per 10000 Liter ohne Fak loco contingent 71½ M. Gd. nicht contingent 51½ M. Gd., per Juni nicht contingent 51½ M. Gd., per Juli nicht contingent 51½ M. Gd., per August nicht contingent 52½ M. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Ciettin, 1. Juni. Getreidemarkt. Weizen steigt, loco 222—235, per Sept.-Oktobor 230. — Roggen steigen, loco 202—206, per Juni 213, per Sept.-Okt. 214. — Pommerischer Hafer loco 168—172, — Rübsöl ruhig, per Juni 59.50, per September-Oktobor 60.00. — Spiritus Hill, loco ohne Fak mit 50 M. Conumsteuer — mit 70 M. Conumsteuer 50.00, per Juni mit 70 M. Conumsteuer 50.00, per August-September mit 70 M. Conumsteuer 50.00, — Petroleum loco 10.90.

Berlin, 1. Juni. Weizen loco 200—235 M. per Juni 231—232.50—231.50 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Magdeburg, 1. Juni. Juchterbericht. Rornzucker excl. von 92% 17.85. Rornzucker excl. 88% Rendement 17.75. Brodprodukte excl. 75% Rendement 14.50. Ruhig. Brodrafinate L. 28.50. Brodrafinate L. 28. Gem. Raflnade mit Fak 28.25. Gem. Melis L. mit Fak 26.75. Ruhig, aber fest. Rornzucker L. Produkt Transita f. a. B. Hamburg per Juni 13.20 bei, 13.22½ Br., per Juli 13.25 Br., 13.32½ Br., per August 13.35 Br., 13.42½ Br., der Oktober 12.30 Br., 12.42½ Br. Still.

Röhrzucker excl. 88% Rendement 17.75. Ruhig. Brodrafinate L. 28.50. Brodrafinate L. 28. Gem. Raflnade mit Fak 28.25. Gem. Melis L. mit Fak 26.75. Ruhig, aber fest. Rornzucker L. Produkt Transita f. a. B. Hamburg per Juni 13.20 bei, 13.22½ Br., per Juli 13.25 Br., 13.32½ Br., per August 13.35 Br., 13.42½ Br., der Oktober 12.30 Br., 12.42½ Br. Still.

Dortmund, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.50 M. per Juli-August 220—221.50—218 M. per Sept.-Okt. 211—211.75—210.50 M. per Oktobor-Novbr. — M. — Roggen loco 187—206 M. sein inländ. 203—204 M. a. B. und frei Wagen, per Juni 200.50—200—200.75—203 M. per Juli-Juli 187.25—199.50—198.75 M. per Juli-August 191—191.25 M. per Sept.-Oktobor 188.75—188—188.75 M. — Hafer loco 170—190 M. oil. u. —

Worms, 1. Juni. (v. Vorlatius und Grothe) Weizen loco 200—235 M. per Juli-Juli 229—231.50—230.5